Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/5018

21. 06. 96

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 20. September 1994 über nukleare Sicherheit (Gesetz zu dem Übereinkommen über nukleare Sicherheit)

A. Zielsetzung

Das Übereinkommen schafft erstmals rechtlich verbindliche Grundlagen für einheitliche generelle Standards der Sicherheit von zivilen Kernkraftwerken. Es ist damit ein Meilenstein auf dem Weg zur Verbesserung der internationalen Reaktorsicherheit. Im Lichte der Erfahrungen mit Tschernobyl und insbesondere im dichtbesiedelten Europa ist die weltweite Verbesserung der Reaktorsicherheit ein vordringliches Ziel der Bundesregierung. In dem Übereinkommen verpflichten sich die Vertragsstaaten zur Annahme von international anerkannten Sicherheitsprinzipien und dazu, diese in ihr nationales Recht umzusetzen und anzuwenden. Die Art und Weise der nationalen Durchsetzung wird auf der Grundlage einer Berichtspflicht der einzelnen Vertragsstaaten auf regelmäßig abzuhaltenden Konferenzen der Vertragsstaaten überprüft.

B. Lösung

Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an dem Übereinkommen.

Durch das Vertragsgesetz sollen die Voraussetzungen für die Ratifizierung des Übereinkommens über nukleare Sicherheit geschaffen werden. Zur Umsetzung der völkerrechtlichen Verpflichtung sind Änderungen des innerstaatlichen deutschen Rechts, insbesondere des Atom- und Strahlenschutzrechts, nicht erforderlich.

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Die Erfüllung der Verpflichtungen aus dem Übereinkommen auf internationaler Ebene, insbesondere die Erstellung des nationalen Berichts und die Teilnahme an den Überprüfungskonferenzen der Vertragsstaaten, wird beim Bund geringe Mehrkosten entstehen lassen, die aus den vorhandenen Mitteln getragen werden.

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
031 (321) – 272 00 – Nu 4/96

Bonn, den 20. Juni 1996

An die
Präsidentin des
Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 20. September 1994 über nukleare Sicherheit (Gesetz zu dem Übereinkommen über nukleare Sicherheit) mit Begründung (Anlage 1) und Vorblatt.

Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen.

Federführend ist das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Der Bundesrat hat in seiner 696. Sitzung am 3. Mai 1996 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf, wie aus Anlage 2 ersichtlich, Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigefügten Gegenäußerung dargelegt.

Dr. Helmut Kohl

Anlage 1

Entwurf

Gesetz zu dem Übereinkommen vom 20. September 1994 über nukleare Sicherheit (Gesetz zu dem Übereinkommen über nukleare Sicherheit)

Vom

Der Bundestag hat das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Wien am 20. September 1994 von der Bundesrepublik Deutschland unterzeichneten Übereinkommen über nukleare Sicherheit wird zugestimmt. Das Übereinkommen wird nachstehend mit einer amtlichen deutschen Übersetzung veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Übereinkommen über nukleare Sicherheit nach seinem Artikel 31 für die Bundesrepublik Deutschland in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung zum Vertragsgesetz

I. Allgemeiner Teil

Im Rahmen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) wurde auf Initiative und unter wesentlicher Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland von 1991 bis 1994 das Übereinkommen über nukleare Sicherheit verhandelt.

Dieses Übereinkommen wurde am 20. September 1994 zur Zeichnung aufgelegt. Deutschland hat an prominenter Stelle hinter den Vereinigten Staaten von Amerika gezeichnet.

Das Übereinkommen über nukleare Sicherheit legt – erstmals in völkerrechtlich verbindlicher Form – grundlegende Sicherheitsstandards und -regeln für den Betrieb ziviler Kernkraftwerke fest. Insbesondere mit der Zielrichtung der Kernenergienutzung in den Staaten des füheren Ostblocks enthält das Übereinkommen Regelungen, die Ansatzpunkte für eine Verbesserung der dortigen kerntechnischen Sicherheit einschließlich etwaiger Stillegungen enthalten. Ferner ist in ihm ein System der regelmäßigen Berichterstattung zur nuklearen Sicherheit auf mindestens alle drei Jahre stattfindenden Überprüfungskonferenzen enthalten.

Die in Deutschland geltende Rechtslage ändert sich nicht, da der Stand der kerntechnischen Sicherheit nach dem Atomrecht in der Bundesrepublik Deutschland über den nach dem Übereinkommen über nukleare Sicherheit hinausgeht.

II. Besonderer Teil

Zu Artikel 1

Auf das Übereinkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Zu Artikel 2

Zu Absatz 1

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Zu Absatz 2

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Übereinkommen nach seinem Artikel 31 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Die Kostenbelastungen für den Bund beschränken sich auf den Aufwand für die Erstellung der nationalen Berichte und die Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an den internationalen Überprüfungskonferenzen, die mindestens alle drei Jahre stattfinden. Die Mehrkosten werden aus den vorhandenen Mitteln getragen. Die Länder und Gemeinden werden durch die Ausführung dieses Gesetzes nicht mit Kosten belastet. Nachteilige Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind nicht zu erwarten, da das vorgesehene Vertragswerk die Wirtschaft nicht mit Kosten belastet.

Auf die Umwelt wird die Ausführung des Gesetzes voraussichtlich positive Auswirkungen haben. Dies kann weltweit vor allem aufgrund von gewünschten Verbesserungen der Sicherheit kerntechnischer Anlagen und der Modernisierung der Energiewirtschaften erwartet werden.

Die Ausführung dieses Gesetzes wird nicht zu unmittelbaren Auswirkungen auf die Situation der Frauen führen.

Übereinkommen über nukleare Sicherheit

Convention on Nuclear Safety

Convention sur la sûreté nucléaire

Preamble

The Contracting Parties

(i) Aware of the importance to the international community of ensuring that the use of nuclear energy is safe, well regulated and environmentally sound;

(ii) Reaffirming the necessity of continuing to promote a high level of nuclear safety worldwide;

(iii) Reaffirming that responsibility for nuclear safety rests with the State having jurisdiction over a nuclear installation;

(iv) Desiring to promote an effective nuclear safety culture;

(v) Aware that accidents at nuclear installations have the potential for transboundary impacts;

(vi) Keeping in mind the Convention on the Physical Protection of Nuclear Material (1979), the Convention on Early Notification of a Nuclear Accident (1986), and the Convention on Assistance in the Case of a Nuclear Accident or Radiological Emergency (1986);

(vii) Affirming the importance of international cooperation for the enhancement of nuclear safety through existing bilateral and multilateral mechanisms and the establishment of this incentive Convention;

(viii) Recognizing that this Convention entails a commitment to the application of fundamental safety principles for nuclear installations rather than of detailed safety standards and that there are internationally formulated safety guidelines which are updated from time to time and so can provide guidance on contemporary means of achieving a high level of safety;

(ix) Affirming the need to begin promptly the development of an international convention on the safety of radioactive

Préambule

Les Parties contractantes

i) Conscientes de l'importance pour la communauté internationale qu'il soit fait en sorte que l'utilisation de l'énergie nucléaire soit sûre, bien réglementée et écologiquement rationnelle;

ii) Réaffirmant la nécessité de continuer à promouvoir un haut niveau de sûreté nucléaire dans le monde entier;

iii) Réaffirmant que la responsabilité de la sûreté nucléaire incombe à l'Etat sous la juridiction duquel se trouve une installation nucléaire;

iv) Désireuses de promouvoir une véritable culture de sûreté nucléaire;

v) Conscientes que les accidents survenant dans les installations nucléaires peuvent avoir des incidences transfrontières;

vi) Ayant présentes à l'esprit la Convention sur la protection physique des matières nucléaires (1979), la Convention sur la notification rapide d'un accident nucléaire (1986) et la Convention sur l'assistance en cas d'accident nucléaire ou de situation d'urgence radiologique (1986);

vii) Affirmant l'importance de la coopération internationale pour améliorer la sûreté nucléaire par le biais des mécanismes bilatéraux et multilatéraux existants et de l'élaboration de la présente Convention incitative;

viii) Considérant que la présente Convention comporte l'engagement d'appliquer des principes fondamentaux de sûreté pour les installations nucléaires plutôt que des normes de sûreté détaillées et qu'il existe, en matière de sûreté, des orientations définies au niveau international qui sont actualisées de temps à autre et qui peuvent donc donner des indications sur les moyens les plus récents d'atteindre un haut niveau de sûreté;

ix) Affirmant la nécessité d'entreprendre rapidement l'élaboration d'une convention internationale sur la sûreté de la

(Übersetzung)

Präambel

Die Vertragsparteien –

i) im Bewußtsein der Bedeutung, die der Gewährleistung einer sicheren, gut geregelten und umweltverträglichen Nutzung der Kernenergie für die internationale Staatengemeinschaft zukommt;

ii) in erneuter Bekräftigung der Notwendigkeit, weiterhin einen hohen Stand nuklearer Sicherheit weltweit zu fördern;

iii) in erneuter Bekräftigung dessen, daß die Verantwortung für die nukleare Sicherheit bei dem Staat liegt, dem die Hoheitsgewalt über eine Kernanlage zukommt;

iv) in dem Wunsch, eine wirksame nukleare Sicherheitskultur zu fördern;

v) in dem Bewußtsein, daß Unfälle in Kernanlagen grenzüberschreitende Auswirkungen haben können;

vi) eingedenk des Übereinkommens von 1979 über den physischen Schutz von Kernmaterial, des Übereinkommens von 1986 über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen und des Übereinkommens von 1986 über Hilfeleistung bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen;

vii) in Bekräftigung der Bedeutung internationaler Zusammenarbeit zur Verbesserung der nuklearen Sicherheit durch bestehende zweiseitige und mehrseitige Mechanismen und die Schaffung dieses wegbereitenden Übereinkommens;

viii) in der Erkenntnis, daß dieses Übereinkommen eine Verpflichtung zur Anwendung von Grundsätzen der Sicherheit für Kernanlagen und nicht so sehr von Sicherheitsanforderungen im einzelnen schafft und daß es international ausgearbeitete Sicherheitsrichtlinien gibt, die von Zeit zu Zeit auf den neuesten Stand gebracht werden und somit richtungweisend sein können, wie mit gegenwärtigen Möglichkeiten ein hoher Sicherheitsstand erreicht werden kann;

ix) in Bekräftigung der Notwendigkeit, sofort mit der Ausarbeitung eines internationalen Übereinkommens über die Si-

waste management as soon as the ongoing process to develop waste management safety fundamentals has resulted in broad international agreement;

(x) Recognizing the usefulness of further technical work in connection with the safety of other parts of the nuclear fuel cycle, and that this work may, in time, facilitate the development of current or future international instruments;

Have agreed as follows:

Chapter 1
Objectives, Definitions and Scope of Application

Article 1
Objectives

The objectives of this Convention are:

(i) to achieve and maintain a high level of nuclear safety worldwide through the enhancement of national measures and international co-operation including, where appropriate, safety-related technical co-operation;

(ii) to establish and maintain effective defences in nuclear installations against potential radiological hazards in order to protect individuals, society and the environment from harmful effects of ionizing radiation from such installations;

(iii) to prevent accidents with radiological consequences and to mitigate such consequences should they occur.

Article 2
Definitions

For the purpose of this Convention:

(i) "nuclear installation" means for each Contracting Party any land-based civil nuclear power plant under its jurisdiction including such storage, handling and treatment facilities for radioactive materials as are on the same site and are directly related to the operation of the nuclear power plant. Such a plant ceases to be a nuclear installation when all nuclear fuel elements have been removed permanently from the reactor core and have been stored safely in accordance with approved procedures, and a decommissioning programme has been agreed to by the regulatory body.

gestion des déchets radioactifs dès que le processus d'élaboration des fondements de la sûreté de la gestion des déchets qui est en cours aura abouti à un large accord international;

x) Considérant qu'il est utile de poursuivre les travaux techniques sur la sûreté d'autres parties du cycle du combustible nucléaire et que ces travaux pourraient, à terme, faciliter le développement des instruments internationaux actuels ou futurs;

sont convenues de ce qui suit:

Chapitre premier
Objectifs, définitions et champ d'application

Article premier
Objectifs

Les objectifs de la présente Convention sont les suivants:

i) Atteindre et maintenir un haut niveau de sûreté nucléaire dans le monde entier grâce à l'amélioration des mesures nationales et de la coopération internationale, et notamment, s'il y a lieu, de la coopération technique en matière de sûreté;

ii) Etablir et maintenir, dans les installations nucléaires, des défenses efficaces contre les risques radiologiques potentiels afin de protéger les individus, la société et l'environnement contre les effets nocifs des rayonnements ionisants émis par ces installations;

iii) Prévenir les accidents ayant des conséquences radiologiques et atténuer ces conséquences au cas où de tels accidents se produiraient.

Article 2
Définitions

Aux fins de la présente Convention:

i) Par «*installation nucléaire*», il faut entendre, pour chaque Partie contractante, toute centrale électronucléaire civile fixe relevant de sa juridiction, y compris les installations de stockage, de manutention et de traitement des matières radioactives qui se trouvent sur le même site et qui sont directement liées à l'exploitation de la centrale électronucléaire. Une telle centrale cesse d'être une installation nucléaire lorsque tous les éléments combustibles nucléaires ont été retirés définitivement du cœur du réacteur et stockés de façon sûre conformément aux procédures approuvées, et qu'un programme de déclassement a été approuvé par l'organisme de réglementation;

cherheit im Umgang mit radioaktiven Abfällen zu beginnen, sobald der laufende Prozeß der Entwicklung von Sicherheitsgrundlagen für den Umgang mit Abfällen zu breiter internationaler Übereinstimmung geführt hat;

x) in der Erkenntnis, daß weitere fachliche Arbeit im Zusammenhang mit der Sicherheit anderer Teile des Kernbrennstoffkreislaufs nützlich ist und daß diese Arbeit mit der Zeit die Entwicklung bestehender oder künftiger internationaler Instrumente erleichtern kann –

sind wie folgt übereingekommen:

Kapitel 1
Ziele, Begriffsbestimmungen und Anwendungsbereich

Artikel 1
Ziele

Ziele dieses Übereinkommens sind:

i) Erreichung und Beibehaltung eines weltweit hohen Standes nuklearer Sicherheit durch Verbesserung innerstaatlicher Maßnahmen und internationaler Zusammenarbeit, gegebenenfalls einschließlich sicherheitsbezogener technischer Zusammenarbeit;

ii) Schaffung und Beibehaltung wirksamer Abwehrvorkehrungen in Kernanlagen gegen mögliche radiologische Gefahren, um den einzelnen, die Gesellschaft und die Umwelt vor schädlichen Auswirkungen der von solchen Anlagen ausgehenden ionisierenden Strahlung zu schützen;

iii) Verhütung von Unfällen mit radiologischen Folgen und Milderung solcher Folgen, falls sie eintreten.

Artikel 2
Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet

i) „Kernanlage" für jede Vertragspartei jedes ortsgebundene zivile Kernkraftwerk unter ihrer Hoheitsgewalt einschließlich solcher Lagerungs-, Handhabungs- und Bearbeitungseinrichtungen für radioaktives Material, die sich auf demselben Gelände befinden und mit dem Betrieb des Kernkraftwerks unmittelbar zusammenhängen. Ein solches Werk gilt nicht mehr als Kernanlage, sobald alle nuklearen Brennelemente endgültig aus dem Reaktorkern entfernt, in Übereinstimmung mit genehmigten Verfahren sicher gelagert worden sind und die staatliche Stelle einem Stillegungsprogramm zugestimmt hat;

(ii) "regulatory body" means for each Contracting Party any body or bodies given the legal authority by that Contracting Party to grant licences and to regulate the siting, design, construction, commissioning, operation or decommissioning of nuclear installations.

(iii) "licence" means any authorization granted by the regulatory body to the applicant to have the responsibility for the siting, design, construction, commissioning, operation or decommissioning of a nuclear installation.

ii) Par «*organisme de réglementation*», il faut entendre, pour chaque Partie contractante, un ou plusieurs organismes investis par celle-ci du pouvoir juridique de délivrer des autorisations et d'élaborer la réglementation en matière de choix de site, de conception, de construction, de mise en service, d'exploitation ou de déclassement des installations nucléaires;

iii) Par «*autorisation*», il faut entendre toute autorisation que l'organisme de réglementation délivre au requérant et qui lui confère la responsabilité du choix de site, de la conception, de la construction, de la mise en service, de l'exploitation ou du déclassement d'une installation nucléaire.

ii) „staatliche Stelle" für jede Vertragspartei eine oder mehrere Stellen, die von dieser Vertragspartei mit der rechtlichen Befugnis ausgestattet sind, Genehmigungen zu erteilen und Standortwahl, Auslegung, Bau, Inbetriebnahme, Betrieb oder Stillegung von Kernanlagen zu regeln;

iii) „Genehmigung" jede dem Antragsteller von der staatlichen Stelle erteilte Ermächtigung, die diesem die Verantwortung für Standortwahl, Auslegung, Bau, Inbetriebnahme, Betrieb und Stillegung einer Kernanlage überträgt.

Article 3

Scope of Application

This Convention shall apply to the safety of nuclear installations.

Article 3

Champ d'application

La présente Convention s'applique à la sûreté des installations nucléaires.

Artikel 3

Anwendungsbereich

Dieses Übereinkommen findet auf die Sicherheit von Kernanlagen Anwendung.

Chapter 2
Obligations

(a) General Provisions

Article 4

Implementing Measures

Each Contracting Party shall take, within the framework of its national law, the legislative, regulatory and administrative measures and other steps necessary for implementing its obligations under this Convention.

Article 5

Reporting

Each Contracting Party shall submit for review, prior to each meeting referred to in Article 20, a report on the measures it has taken to implement each of the obligations of this Convention.

Article 6

Existing Nuclear Installations

Each Contracting Party shall take the appropriate steps to ensure that the safety of nuclear installations existing at the time the Convention enters into force for that Contracting Party is reviewed as soon as possible. When necessary in the context of this Convention, the Contracting Party shall ensure that all reasonably practicable improvements are made as a matter of urgency to upgrade the safety of the nuclear installation. If such upgrading cannot be achieved, plans should be implemented to shut down the nuclear installation as soon as practically possible. The timing of the shut-down may take into account the whole energy context and possible alternatives as

Chapitre 2
Obligations

a) Dispositions générales

Article 4

Mesures d'application

Chaque Partie contractante prend, en droit interne, les mesures législatives, réglementaires et administratives et les autres dispositions qui sont nécessaires pour remplir ses obligations en vertu de la présente Convention.

Article 5

Présentation de rapports

Chaque Partie contractante présente pour examen, avant chacune des réunions visées à l'article 20, un rapport sur les mesures qu'elle a prises pour remplir chacune des obligations énoncées dans la présente Convention.

Article 6

Installations nucléaires existantes

Chaque Partie contractante prend les mesures appropriées pour que la sûreté des installations nucléaires qui existent au moment où la présente Convention entre en vigueur à son égard soit examinée dès que possible. Lorsque cela est nécessaire dans le cadre de la présente Convention, la Partie contractante fait en sorte que toutes les améliorations qui peuvent raisonnablement être apportées le soient de façon urgente en vue de renforcer la sûreté de l'installation nucléaire. Si un tel renforcement n'est pas réalisable, il convient de programmer l'arrêt de l'installation nucléaire dès que cela est possible en pratique. Pour l'échéancier de mise à l'arrêt, il peut être tenu compte de

Kapitel 2
Verpflichtungen

a) Allgemeine Bestimmungen

Artikel 4

Durchführungsmaßnahmen

Jede Vertragspartei trifft im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts die Gesetzes-, Verordnungs- und Verwaltungsmaßnahmen und unternimmt sonstige Schritte, die zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus diesem Übereinkommen erforderlich sind.

Artikel 5

Berichterstattung

Jede Vertragspartei legt vor jeder in Artikel 20 bezeichneten Tagung einen Bericht über die von ihr getroffenen Maßnahmen zur Erfüllung jeder einzelnen Verpflichtung aus diesem Übereinkommen vor.

Artikel 6

Vorhandene Kernanlagen

Jede Vertragspartei trifft die geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Sicherheit der Kernanlagen, die zu dem Zeitpunkt, zu dem das Übereinkommen für die Vertragspartei in Kraft tritt, vorhanden sind, so bald wie möglich überprüft wird. Sollte es sich im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen als notwendig erweisen, stellt die Vertragspartei sicher, daß alle zumutbaren und praktisch möglichen Verbesserungen dringend vorgenommen werden, um die Sicherheit der Kernanlage zu erhöhen. Kann eine solche Verbesserung nicht erreicht werden, sollen Pläne durchgeführt werden, die Kernanlage so bald wie praktisch möglich abzuschalten. Bei der

well as the social, environmental and economic impact.

l'ensemble du contexte énergétique et des solutions de remplacement possibles, ainsi que des conséquences sociales, environnementales et économiques.

zeitlichen Festlegung der Abschaltung können der ganze energiewirtschaftliche Zusammenhang und mögliche Alternativen sowie die sozialen, umweltbezogenen und wirtschaftlichen Auswirkungen berücksichtigt werden.

(b) Legislation and Regulation

Article 7

Legislative and Regulatory Framework

1. Each Contracting Party shall establish and maintain a legislative and regulatory framework to govern the safety of nuclear installations.

2. The legislative and regulatory framework shall provide for:

(i) the establishment of applicable national safety requirements and regulations;

(ii) a system of licensing with regard to nuclear installations and the prohibition of the operation of a nuclear installation without a licence;

(iii) a system of regulatory inspection and assessment of nuclear installations to ascertain compliance with applicable regulations and the terms of licences;

(iv) the enforcement of applicable regulations and of the terms of licences, including suspension, modification or revocation.

Article 8

Regulatory Body

1. Each Contracting Party shall establish or designate a regulatory body entrusted with the implementation of the legislative and regulatory framework referred to in Article 7, and provided with adequate authority, competence and financial and human resources to fulfil its assigned responsibilities.

2. Each Contracting Party shall take the appropriate steps to ensure an effective separation between the functions of the regulatory body and those of any other body or organization concerned with the promotion or utilization of nuclear energy.

Article 9

Responsibility of the Licence Holder

Each Contracting Party shall ensure that prime responsibility for the safety of a nuclear installation rests with the holder of the relevant licence and shall take the appropriate steps to ensure that each such licence holder meets its responsibility.

b) Législation et réglementation

Article 7

Cadre législatif et réglementaire

1. Chaque Partie contractante établit et maintient en vigueur un cadre législatif et réglementaire pour régir la sûreté des installations nucléaires.

2. Le cadre législatif et réglementaire prévoit:

i) L'établissement de prescriptions et de règlements de sûreté nationaux pertinents;

ii) Un système de délivrance d'autorisations pour les installations nucléaires et l'interdiction d'exploiter une installation nucléaire sans autorisation;

iii) Un système d'inspection et d'évaluation réglementaires des installations nucléaires pour vérifier le respect des règlements applicables et des conditions des autorisations;

iv) Des mesures destinées à faire respecter les règlements applicables et les conditions des autorisations, y compris la suspension, la modification ou le retrait de celles-ci.

Article 8

Organisme de réglementation

1. Chaque Partie contractante crée ou désigne un organisme de réglementation chargé de mettre en œuvre les dispositions législatives et réglementaires visées à l'article 7, et doté des pouvoirs, de la compétence et des ressources financières et humaines adéquats pour assumer les responsabilités qui lui sont assignées.

2. Chaque Partie contractante prend les mesures appropriées pour assurer une séparation effective des fonctions de l'organisme de réglementation et de celles de tout autre organisme ou organisation chargé de la promotion ou de l'utilisation de l'énergie nucléaire.

Article 9

Responsabilité du titulaire d'une autorisation

Chaque Partie contractante fait le nécessaire pour que la responsabilité première de la sûreté d'une installation nucléaire incombe au titulaire de l'autorisation correspondante et prend les mesures appropriées pour que chaque titulaire d'une autorisation assume sa responsabilité.

b) Rahmen für Gesetzgebung und Vollzug

Artikel 7

Rahmen für Gesetzgebung und Vollzug

(1) Jede Vertragspartei schafft einen Rahmen für Gesetzgebung und Vollzug zur Regelung der Sicherheit der Kernanlagen und erhält diesen aufrecht.

(2) Der Rahmen für Gesetzgebung und Vollzug sieht folgendes vor:

i) die Schaffung einschlägiger innerstaatlicher Sicherheitsvorschriften und -regelungen;

ii) ein Genehmigungssystem für Kernanlagen und das Verbot des Betriebs einer Kernanlage ohne Genehmigung;

iii) ein System für behördliche Prüfung und Beurteilung von Kernanlagen, um feststellen zu können, ob die einschlägigen Vorschriften und Genehmigungsbestimmungen eingehalten werden;

iv) die Durchsetzung der einschlägigen Vorschriften und Genehmigungsbestimmungen, einschließlich Aussetzung, Änderung oder Widerruf.

Artikel 8

Staatliche Stelle

(1) Jede Vertragspartei errichtet oder bestimmt eine staatliche Stelle, die mit der Durchführung des in Artikel 7 bezeichneten Rahmens für Gesetzgebung und Vollzug betraut und mit entsprechenden Befugnissen, Zuständigkeiten, Finanzmitteln und Personal ausgestattet ist, um die ihr übertragenen Aufgaben zu erfüllen.

(2) Jede Vertragspartei trifft die geeigneten Maßnahmen, um eine wirksame Trennung der Aufgaben der staatlichen Stelle von denjenigen anderer Stellen oder Organisationen, die mit der Förderung oder Nutzung von Kernenergie befaßt sind, zu gewährleisten.

Artikel 9

Verantwortung des Genehmigungsinhabers

Jede Vertragspartei stellt sicher, daß die Verantwortung für die Sicherheit einer Kernanlage in erster Linie dem jeweiligen Genehmigungsinhaber obliegt; sie trifft die geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß jeder Inhaber einer solchen Genehmigung seiner Verantwortung nachkommt.

(c) General Safety Considerations

Article 10

Priority to Safety

Each Contracting Party shall take the appropriate steps to ensure that all organizations engaged in activities directly related to nuclear installations shall establish policies that give due priority to nuclear safety.

Article 11

Financial and Human Resources

1. Each Contracting Party shall take the appropriate steps to ensure that adequate financial resources are available to support the safety of each nuclear installation throughout its life.

2. Each Contracting Party shall take the appropriate steps to ensure that sufficient numbers of qualified staff with appropriate education, training and retraining are available for all safety-related activities in or for each nuclear installation, throughout its life.

Article 12

Human Factors

Each Contracting Party shall take the appropriate steps to ensure that the capabilities and limitations of human performance are taken into account throughout the life of a nuclear installation.

Article 13

Quality Assurance

Each Contracting Party shall take the appropriate steps to ensure that quality assurance programmes are established and implemented with a view to providing confidence that specified requirements for all activities important to nuclear safety are satisfied throughout the life of a nuclear installation.

Article 14

Assessment and Verification of Safety

Each Contracting Party shall take the appropriate steps to ensure that:

(i) comprehensive and systematic safety assessments are carried out before the construction and commissioning of a nuclear installation and throughout its life. Such assessments shall be well documented, subsequently updated in the light of operating experience and significant new safety information, and

c) Considérations générales de sûreté

Article 10

Priorité à la sûreté

Chaque Partie contractante prend les mesures appropriées pour que toutes les organisations qui mènent des activités concernant directement les installations nucléaires établissent des stratégies accordant la priorité requise à la sûreté nucléaire.

Article 11

Ressources financières et humaines

1. Chaque Partie contractante prend les mesures appropriées pour que des ressources financières adéquates soient disponibles pour les besoins de la sûreté de chaque installation nucléaire pendant toute la durée de sa vie.

2. Chaque Partie contractante prend les mesures appropriées afin qu'un nombre suffisant d'agents qualifiés ayant été formés, entraînés et recyclés comme il convient soient disponibles pour toutes les activités liées à la sûreté qui sont menées dans ou pour chaque installation nucléaire pendant toute la durée de sa vie.

Article 12

Facteurs humains

Chaque Partie contractante prend les mesures appropriées pour que les possibilités et les limites de l'action humaine soient prises en compte pendant toute la durée de la vie d'une installation nucléaire.

Article 13

Assurance de la qualité

Chaque Partie contractante prend les mesures appropriées pour que des programmes d'assurance de la qualité soient établis et exécutés en vue de garantir que les exigences spécifiées pour toutes les activités importantes pour la sûreté nucléaire sont respectées pendant toute la durée de la vie d'une installation nucléaire.

Article 14

Évaluation et vérification de la sûreté

Chaque Partie contractante prend les mesures appropriées pour qu'il soit procédé à:

i) Des évaluations de sûreté approfondies et systématiques avant la construction et la mise en service d'une installation nucléaire et pendant toute la durée de sa vie. Ces évaluations sont solidement étayées, actualisées ultérieurement compte tenu de l'expérience d'exploitation et d'informations nouvelles impor-

c) Allgemeine Sicherheitsüberlegungen

Artikel 10

Vorrang der Sicherheit

Jede Vertragspartei trifft die geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß alle Organisationen, die mit Tätigkeiten in unmittelbarem Zusammenhang mit Kernanlagen befaßt sind, Leitlinien entwickeln, die der nuklearen Sicherheit den gebotenen Vorrang einräumen.

Artikel 11

Finanzmittel und Personal

(1) Jede Vertragspartei trifft die geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß angemessene Finanzmittel zur Verfügung stehen, um die Sicherheit jeder Kernanlage während ihrer gesamten Lebensdauer zu unterstützen.

(2) Jede Vertragspartei trifft die geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß während der gesamten Lebensdauer jeder Kernanlage eine ausreichende Anzahl von qualifiziertem Personal mit entsprechender Ausbildung, Schulung und Wiederholungsschulung für alle sicherheitsbezogenen Tätigkeiten in jeder oder für jede Kernanlage zur Verfügung steht.

Artikel 12

Menschliche Faktoren

Jede Vertragspartei trifft die geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die Fähigkeiten und Grenzen menschlichen Handelns während der gesamten Lebensdauer einer Kernanlage Berücksichtigung finden.

Artikel 13

Qualitätssicherung

Jede Vertragspartei trifft die geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß Programme zur Qualitätssicherung aufgestellt und durchgeführt werden, die das Vertrauen vermitteln, daß den besonderen Anforderungen aller für die nukleare Sicherheit bedeutsamen Tätigkeiten während der gesamten Lebensdauer einer Kernanlage Genüge getan wird.

Artikel 14

Bewertung und Nachprüfung der Sicherheit

Jede Vertragspartei trifft die geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen,

i) daß umfassende und systematische Sicherheitsbewertungen sowohl vor dem Bau und der Inbetriebnahme einer Kernanlage als auch während ihrer gesamten Lebensdauer vorgenommen werden. Solche Bewertungen sind gut zu dokumentieren, in der Folge im Licht betrieblicher Erfahrungen und bedeu-

reviewed under the authority of the regulatory body;

(ii) verification by analysis, surveillance, testing and inspection is carried out to ensure that the physical state and the operation of a nuclear installation continue to be in accordance with its design, applicable national safety requirements, and operational limits and conditions.

tantes concernant la sûreté, et examinées sous l'autorité de l'organisme de réglementation;

ii) Des vérifications par analyse, surveillance, essais et inspections afin de veiller à ce que l'état physique et l'exploitation d'une installation nucléaire restent conformes à sa conception, aux exigences nationales de sûreté applicables et aux limites et conditions d'exploitation.

tender neuer Sicherheitsinformationen auf den neuesten Stand zu bringen und im Auftrag der staatlichen Stelle zu überprüfen;

ii) daß Nachprüfungen durch Analyse, Überwachung, Erprobung und Prüfung vorgenommen werden, um sicherzustellen, daß der physische Zustand und der Betrieb einer Kernanlage seiner Auslegung, den geltenden innerstaatlichen Sicherheitsanforderungen sowie den betrieblichen Grenzwerten und Bedingungen weiterhin entsprechen.

Article 15

Radiation Protection

Each Contracting Party shall take the appropriate steps to ensure that in all operational states the radiation exposure to the workers and the public caused by a nuclear installation shall be kept as low as reasonably achievable and that no individual shall be exposed to radiation doses which exceed prescribed national dose limits.

Article 15

Radioprotection

Chaque Partie contractante prend les mesures appropriées pour que, dans toutes les conditions normales de fonctionnement, l'exposition aux rayonnements ionisants des travailleurs et du public due à une installation nucléaire soit maintenue au niveau le plus bas qu'il soit raisonnablement possible d'atteindre et qu'aucun individu ne soit exposé à des doses de rayonnement qui dépassent les limites de dose prescrites au niveau national.

Artikel 15

Strahlenschutz

Jede Vertragspartei trifft die geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß die von einer Kernanlage ausgehende Strahlenbelastung für die Beschäftigten und die Öffentlichkeit in sämtlichen Betriebsphasen so gering wie vernünftigerweise erzielbar gehalten wird und daß niemand einer Strahlendosis ausgesetzt wird, welche die innerstaatlich vorgeschriebenen Grenzwerte überschreitet.

Article 16

Emergency Preparedness

1. Each Contracting Party shall take the appropriate steps to ensure that there are on-site and off-site emergency plans that are routinely tested for nuclear installations and cover the activities to be carried out in the event of an emergency.

For any new nuclear installation, such plans shall be prepared and tested before it commences operation above a low power level agreed by the regulatory body.

2. Each Contracting Party shall take the appropriate steps to ensure that, insofar as they are likely to be affected by a radiological emergency, its own population and the competent authorities of the States in the vicinity of the nuclear installation are provided with appropriate information for emergency planning and response.

3. Contracting Parties which do not have a nuclear installation on their territory, insofar as they are likely to be affected in the event of a radiological emergency at a nuclear installation in the vicinity, shall take the appropriate steps for the preparation and testing of emergency plans for their territory that cover the activities to be carried out in the event of such an emergency.

Article 16

Organisation pour les cas d'urgence

1. Chaque Partie contractante prend les mesures appropriées afin qu'il existe, pour les installations nucléaires, des plans d'urgence internes et externes qui soient testés périodiquement et qui couvrent les actions à mener en cas de situation d'urgence.

Pour toute installation nucléaire nouvelle, de tels plans sont élaborés et testés avant qu'elle ne commence à fonctionner au-dessus d'un bas niveau de puissance approuvé par l'organisme de réglementation.

2. Chaque Partie contractante prend les mesures appropriées pour que, dans la mesure où elles sont susceptibles d'être affectées par une situation d'urgence radiologique, sa propre population et les autorités compétentes des Etats avoisinant l'installation nucléaire reçoivent des informations appropriées aux fins des plans et des interventions d'urgence.

3. Les Parties contractantes qui n'ont pas d'installation nucléaire sur leur territoire, dans la mesure où elles sont susceptibles d'être affectées en cas de situation d'urgence radiologique dans une installation nucléaire voisine, prennent les mesures appropriées afin d'élaborer et de tester des plans d'urgence pour leur territoire qui couvrent les actions à mener en cas de situation d'urgence de cette nature.

Artikel 16

Notfallvorsorge

(1) Jede Vertragspartei trifft die geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß Notfallpläne sowohl innerhalb als auch außerhalb der Kernanlage zur Verfügung stehen, die regelmäßig erprobt werden und die im Notfall zu ergreifenden Maßnahmen enthalten.

Für jede neue Kernanlage sind solche Pläne auszuarbeiten und zu erproben, bevor der Betrieb das von der staatlichen Stelle zugelassene niedrige Leistungsniveau übersteigt.

(2) Jede Vertragspartei trifft die geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß ihre eigene Bevölkerung und die zuständigen Behörden der Staaten in der Nachbarschaft einer Kernanlage, soweit sie von einem strahlungsbedingten Notfall betroffen sein könnten, die entsprechenden Informationen für die Notfallplanung und -bekämpfung erhalten.

(3) Vertragsparteien, die in ihrem Gebiet keine Kernanlage haben, jedoch von einem radiologischen Notfall in einer benachbarten Kernanlage betroffen sein könnten, treffen die geeigneten Maßnahmen zur Vorbereitung und Erprobung von Notfallplänen für ihr Gebiet, welche die in einem solchen Notfall zu ergreifenden Maßnahmen enthalten.

(d) Safety of Installations

Article 17

Siting

Each Contracting Party shall take the appropriate steps to ensure that appropriate

d) Sûreté des installations

Article 17

Choix de site

Chaque Partie contractante prend les mesures nécessaires pour que les procé-

d) Anlagensicherheit

Artikel 17

Standortwahl

Jede Vertragspartei trifft die geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen, daß ge-

procedures are established and implemented:

(i) for evaluating all relevant site-related factors likely to affect the safety of a nuclear installation for its projected lifetime;

(ii) for evaluating the likely safety impact of a proposed nuclear installation on individuals, society and the environment;

(iii) for re-evaluating as necessary all relevant factors referred to in sub-paragraphs (i) and (ii) so as to ensure the continued safety acceptability of the nuclear installation;

(iv) for consulting Contracting Parties in the vicinity of a proposed nuclear installation, insofar as they are likely to be affected by that installation and, upon requests, providing the necessary information to such Contracting Parties, in order to enable them to evaluate and make their own assessment of the likely safety impact on their own territory of the nuclear installation.

dures appropriées soient mises en place et appliquées en vue:

i) D'évaluer tous les facteurs pertinents liés au site qui sont susceptibles d'influer sur la sûreté d'une installation nucléaire pendant la durée de sa vie prévue;

ii) D'évaluer les incidences qu'une installation nucléaire en projet est susceptible d'avoir, du point de vue de la sûreté, sur les individus, la société et l'environnement;

iii) De réévaluer, selon les besoins, tous les facteurs pertinents mentionnés aux alinéas i) et ii) de manière à garantir que l'installation nucléaire reste acceptable du point de vue de la sûreté;

iv) De consulter les Parties contractantes voisines d'une installation nucléaire en projet dans la mesure où cette installation est susceptible d'avoir des conséquences pour elles, et, à leur demande, de leur communiquer les informations nécessaires afin qu'elles puissent évaluer et apprécier elles-mêmes l'impact possible sur leur propre territoire de l'installation nucléaire du point de vue de la sûreté.

eignete Verfahren geschaffen und angewendet werden,

i) um die Bewertung aller standortbezogenen einschlägigen Faktoren zu ermöglichen, welche die Sicherheit einer Kernanlage während ihrer vorgesehenen Lebensdauer beeinträchtigen könnten;

ii) um die Bewertung der mutmaßlichen Auswirkungen unter dem Gesichtspunkt der Sicherheit einer vorgesehenen Kernanlage auf den einzelnen, die Gesellschaft und die Umwelt zu ermöglichen;

iii) um soweit notwendig die Neubewertung aller einschlägigen Faktoren, auf die unter den Ziffern i und ii Bezug genommen wird, zu ermöglichen, damit die Sicherheitsakzeptanz gewährleistet bleibt;

iv) um Konsultationen mit Vertragsparteien in der Nachbarschaft einer vorgesehenen Kernanlage aufnehmen zu können, soweit sie durch diese Anlage betroffen sein könnten, und um die Übermittlung der notwendigen Informationen an solche Vertragsparteien auf deren Verlangen zu ermöglichen, damit diese die mutmaßlichen Auswirkungen auf die Sicherheit ihres Gebiets selbst beurteilen und eigene Bewertungen vornehmen können.

Article 18

Design and Construction

Each Contracting Party shall take the appropriate steps to ensure that:

(i) the design and construction of a nuclear installation provides for several reliable levels and methods of protection (defense in depth) against the release of radioactive materials, with a view to preventing the occurrence of accidents and to mitigating their radiological consequences should they occur;

(ii) the technologies incorporated in the design and construction of a nuclear installation are proven by experience or qualified by testing or analysis;

(iii) the design of a nuclear installation allows for reliable, stable and easily manageable operation, with specific consideration of human factors and the man-machine interface.

Article 18

Conception et construction

Chaque Partie contractante prend les mesures appropriées pour que:

i) Lors de la conception et de la construction d'une installation nucléaire, plusieurs niveaux et méthodes de protection fiables (défense en profondeur) soient prévus contre le rejet de matières radioactives, en vue de prévenir les accidents et d'atténuer leurs conséquences radiologiques au cas où de tels accidents se produiraient;

ii) Les technologies utilisées dans la conception et la construction d'une installation nucléaire soient éprouvées par l'expérience ou qualifiées par des essais ou des analyses;

iii) La conception d'une installation nucléaire permette un fonctionnement fiable, stable et facilement maîtrisable, les facteurs humains et l'interface homme–machine étant pris tout particulièrement en considération.

Artikel 18

Auslegung und Bau

Jede Vertragspartei trifft die geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen,

i) daß die Auslegung und der Bau einer Kernanlage mehrere zuverlässige Ebenen und Methoden zum Schutz (in die Tiefe gestaffelte Abwehr) gegen die Freisetzung radioaktiven Materials vorsehen, um Unfälle zu verhüten und, falls sie eintreten, ihre radiologischen Folgen zu mildern;

ii) daß sich die bei der Auslegung und dem Bau einer Kernanlage eingesetzten Techniken durch Erfahrung beziehungsweise durch Erprobung oder Analyse bewährt haben;

iii) daß die Auslegung einer Kernanlage den zuverlässigen, beständigen und leicht zu handhabenden Betrieb ermöglicht, wobei die menschlichen Faktoren und die Schnittstelle Mensch/Maschine besondere Berücksichtigung finden.

Article 19

Operation

Each Contracting Party shall take the appropriate steps to ensure that:

(i) the initial authorization to operate a nuclear installation is based upon an appropriate safety analysis and a commissioning programme demonstrating

Article 19

Exploitation

Chaque Partie contractante prend les mesures appropriées afin que:

i) L'autorisation initiale d'exploiter une installation nucléaire se fonde sur une analyse de sûreté appropriée et un programme de mise en service démon-

Artikel 19

Betrieb

Jede Vertragspartei trifft die geeigneten Maßnahmen, um sicherzustellen,

i) daß die Erlaubnis für den Betriebsbeginn einer Kernanlage auf einer geeigneten Sicherheitsanalyse und einem Programm zur Inbetriebnahme beruht,

that the installation, as constructed, is consistent with design and safety requirements;

(ii) operational limits and conditions derived from the safety analysis, tests and operational experience are defined and revised as necessary for identifying safe boundaries for operation;

(iii) operation, maintenance, inspection and testing of a nuclear installation are conducted in accordance with approved procedures;

(iv) procedures are established for responding to anticipated operational occurrences and to accidents;

(v) necessary engineering and technical support in all safety related fields is available throughout the lifetime of a nuclear installation;

(vi) incidents significant to safety are reported in a timely manner by the holder of the relevant licence to the regulatory body;

(vii) programmes to collect and analyse operating experience are established, the results obtained and the conclusions drawn are acted upon and that existing mechanisms are used to share important experience with international bodies and with other operating organizations and regulatory bodies;

(viii) the generation of radioactive waste resulting from the operation of a nuclear installation is kept to the minimum practicable for the process concerned, both in activity and in volume, and any necessary treatment and storage of spent fuel and waste directly related to the operation and on the same site as that of the nuclear installation take into consideration conditioning and disposal.

trant que l'installation, telle que construite, est conforme aux exigences de conception et de sûreté;

ii) Les limites et conditions d'exploitation découlant de l'analyse de sûreté, des essais et de l'expérience d'exploitation soient définies et révisées si besoin est pour délimiter le domaine dans lequel l'exploitation est sûre;

iii) L'exploitation, la maintenance, l'inspection et les essais d'une installation nucléaire soient assurés conformément à des procédures approuvées;

iv) Des procédures soient établies pour faire face aux incidents de fonctionnement prévus et aux accidents;

v) L'appui nécessaire en matière d'ingénierie et de technologie dans tous les domaines liés à la sûreté soit disponible pendant toute la durée de la vie d'une installation nucléaire;

vi) Les incidents significatifs pour la sûreté soient notifiés en temps voulu par le titulaire de l'autorisation correspondante à l'organisme de réglementation;

vii) Des programmes de collecte et d'analyse des données de l'expérience d'exploitation soient mis en place, qu'il soit donné suite aux résultats obtenus et aux conclusions tirées, et que les mécanismes existants soient utilisés pour mettre les données d'expérience importantes en commun avec des organismes internationaux et avec d'autres organismes exploitants et organismes de réglementation;

viii) La production de déchets radioactifs résultant de l'exploitation d'une installation nucléaire soit aussi réduite que possible compte tenu du procédé considéré, du point de vue à la fois de l'activité et du volume, et que, pour toute opération nécessaire de traitement et de stockage provisoire de combustible irradié et de déchets directement liés à l'exploitation et se trouvant sur le même site que celui de l'installation nucléaire, il soit tenu compte du conditionnement et du stockage définitif.

aus denen hervorgeht, daß die Anlage, wie sie gebaut wurde, den Auslegungs- und Sicherheitsanforderungen entspricht;

ii) daß die aus der Sicherheitsanalyse, den Erprobungen und der Betriebserfahrung hervorgehenden betrieblichen Grenzwerte und Bedingungen festgelegt und bei Bedarf überarbeitet werden, um die Grenzen eines sicheren Betriebs festzustellen;

iii) daß Betrieb, Wartung, Inspektion und Erprobung einer Kernanlage in Übereinstimmung mit genehmigten Verfahren erfolgen;

iv) daß Verfahren festgelegt sind, um auf mögliche Betriebsstörungen und Unfälle zu reagieren;

v) daß die notwendige ingenieurtechnische und technische Unterstützung in allen sicherheitsbezogenen Bereichen während der gesamten Lebensdauer der Kernanlage zur Verfügung steht;

vi) daß für die Sicherheit bedeutsame Ereignisse vom Inhaber der entsprechenden Genehmigung der staatlichen Stelle rechtzeitig gemeldet werden;

vii) daß Programme zur Sammlung und Analyse von Betriebserfahrungen aufgestellt werden, die erzielten Ergebnisse und Schlußfolgerungen als Grundlage des Handelns dienen und daß vorhandene Mechanismen dazu genutzt werden, um wichtige Erfahrungen mit internationalen Gremien, anderen Betreiberorganisationen und staatlichen Stellen auszutauschen;

viii) daß die Erzeugung radioaktiven Abfalls durch den Betrieb einer Kernanlage sowohl hinsichtlich der Aktivität als auch des Volumens auf das für das jeweilige Verfahren mögliche Mindestmaß beschränkt wird und daß bei jeder notwendigen Behandlung und Lagerung von abgebranntem Brennstoff und Abfall, die mit dem Betrieb in unmittelbarem Zusammenhang stehen und auf demselben Gelände der Kernanlage stattfinden, Konditionierung und Beseitigung Berücksichtigung finden.

Chapter 3
Meetings of the Contracting Parties

Article 20
Review Meetings

1. The Contracting Parties shall hold meetings (hereinafter referred to as "review meetings") for the purpose of reviewing the reports submitted pursuant to Article 5 in accordance with the procedures adopted under Article 22.

2. Subject to the provisions of Article 24 sub-groups comprised of representatives of

Chapitre 3
Réunions des Parties contractantes

Article 20
Réunions d'examen

1. Les Parties contractantes tiennent des réunions (ci-après dénommées «réunions d'examen») pour examiner les rapports présentés en application de l'article 5, conformément aux procédures adoptées en vertu de l'article 22.

2. Sous réserve des dispositions de l'article 24, des sous-groupes composés de re-

Kapitel 3
Tagungen der Vertragsparteien

Artikel 20
Überprüfungstagungen

(1) Die Vertragsparteien halten Tagungen (im folgenden als „Überprüfungstagungen" bezeichnet) ab zur Überprüfung der nach Artikel 5 in Übereinstimmung mit den nach Artikel 22 angenommenen Verfahren vorgelegten Berichte.

(2) Vorbehaltlich des Artikels 24 können aus Vertretern der Vertragsparteien zusam-

Contracting Parties may be established and may function during the review meetings as deemed necessary for the purpose of reviewing specific subjects contained in the reports.

3. Each Contracting Party shall have a reasonable opportunity to discuss the reports submitted by other Contracting Parties and to seek clarification of such reports.

Article 21

Timetable

1. A preparatory meeting of the Contracting Parties shall be held not later than six months after the date of entry into force of this Convention.

2. At this preparatory meeting, the Contracting Parties shall determine the date for the first review meeting. This review meeting shall be held as soon as possible, but not later than thirty months after the date of entry into force of this Convention.

3. At each review meeting, the Contracting Parties shall determine the date for the next such meeting. The interval between review meetings shall not exceed three years.

Article 22

Procedural Arrangements

1. At the preparatory meeting held pursuant to Article 21 the Contracting Parties shall prepare and adopt by consensus Rules of Procedure and Financial Rules. The Contracting Parties shall establish in particular and in accordance with the Rules of Procedure:

(i) guidelines regarding the form and structure of the reports to be submitted pursuant to Article 5;

(ii) a date for the submission of such reports;

(iii) the process for reviewing such reports.

2. At review meetings the Contracting Parties may, if necessary, review the arrangements established pursuant to subparagraphs (i)–(iii) above, and adopt revisions by consensus unless otherwise provided for in the Rules of Procedure. They may also amend the Rules of Procedure and the Financial Rules, by consensus.

Article 23

Extraordinary Meetings

An extraordinary meeting of the Contracting Parties shall be held:

(i) if so agreed by a majority of the Contracting Parties present and voting at a meeting, abstentions being considered as voting; or

présentants des Parties contractantes peuvent être constitués et siéger pendant les réunions d'examen, lorsque cela est jugé nécessaire pour examiner des sujets particuliers traités dans les rapports.

3. Chaque Partie contractante a une possibilité raisonnable de discuter les rapports présentés par les autres Parties contractantes et de demander des précisions à leur sujet.

Article 21

Calendrier

1. Une réunion préparatoire des Parties contractantes se tient dans les six mois suivant la date d'entrée en vigueur de la présente Convention.

2. Lors de cette réunion préparatoire, les Parties contractantes fixent la date de la première réunion d'examen. Celle-ci a lieu dès que possible dans un délai de trente mois à compter de la date d'entrée en vigueur de la présente Convention.

3. A chaque réunion d'examen, les Parties contractantes fixent la date de la réunion d'examen suivante. L'intervalle entre les réunions d'examen ne doit pas dépasser trois ans.

Article 22

Arrangements relatifs à la procédure

1. A la réunion préparatoire tenue en application de l'article 21, les Parties contractantes établissent et adoptent par consensus des Règles de procédure et des Règles financières. Les Parties contractantes fixent en particulier et conformément aux Règles de procédure:

i) Des principes directeurs concernant la forme et la structure des rapports à présenter en application de l'article 5;

ii) Une date pour la présentation des rapports en question;

iii) La procédure d'examen de ces rapports.

2. Aux réunions d'examen, les Parties contractantes peuvent, au besoin, réexaminer les arrangements pris en vertu des alinéas i) à iii) ci-dessus et adopter des révisions par consensus, sauf disposition contraire des Règles de procédure. Elles peuvent aussi amender les Règles de procédure et les Règles financières, par consensus.

Article 23

Réunions extraordinaires

Une réunion extraordinaire des Parties contractantes se tient:

i) S'il en est ainsi décidé par la majorité des Parties contractantes présentes et votantes lors d'une réunion, les abstentions étant considérées comme des votes;

mengesetzte Untergruppen gebildet werden, die während der Überprüfungstagungen tätig werden, sofern dies zum Zweck der Überprüfung in den Berichten enthaltener besonderer Themen als notwendig erachtet wird.

(3) Jede Vertragspartei erhält angemessen Gelegenheit, die von anderen Vertragsparteien vorgelegten Berichte zu erörtern und Klarstellung zu diesen Berichten zu suchen.

Artikel 21

Zeitplan

(1) Eine Vorbereitungstagung der Vertragsparteien findet spätestens sechs Monate nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens statt.

(2) Auf dieser Vorbereitungstagung legen die Vertragsparteien den Zeitpunkt für die erste Überprüfungstagung fest. Diese Überprüfungstagung findet so bald wie möglich statt, spätestens jedoch dreißig Monate nach Inkrafttreten dieses Übereinkommens.

(3) Auf jeder Überprüfungstagung legen die Vertragsparteien den Zeitpunkt für die nächste Überprüfungstagung fest. Die Zeitspanne zwischen den Überprüfungstagungen darf drei Jahre nicht überschreiten.

Artikel 22

Verfahrensregelungen

(1) Auf der nach Artikel 21 abgehaltenen Vorbereitungstagung arbeiten die Vertragsparteien eine Geschäftsordnung und Finanzregeln aus und nehmen diese durch Konsens an. Die Vertragsparteien legen insbesondere und in Übereinstimmung mit der Geschäftsordnung folgendes fest:

i) Richtlinien hinsichtlich Form und Gliederung der nach Artikel 5 vorzulegenden Berichte;

ii) den Zeitpunkt für die Vorlage der Berichte;

iii) das Verfahren zur Überprüfung der Berichte.

(2) Auf den Überprüfungstagungen können die Vertragsparteien erforderlichenfalls die unter den Ziffern i bis iii des Absatzes 1 getroffenen Vereinbarungen überprüfen und Änderungen durch Konsens annehmen, sofern in der Geschäftsordnung nichts anderes vorgesehen ist. Sie können auch die Geschäftsordnung und die Finanzregeln durch Konsens ändern.

Artikel 23

Außerordentliche Tagungen

Eine außerordentliche Tagung der Vertragsparteien

i) findet statt, wenn dies von der Mehrheit der auf einer Tagung anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien vereinbart wird, wobei Enthaltungen als abgegebene Stimmen gelten;

(ii) at the written request of a Contracting Party, within six months of this request having been communicated to the Contracting Parties and notification having been received by the secretariat referred to in Article 28, that the request has been supported by a majority of the Contracting Parties.

ii) Sur demande écrite d'une Partie contractante, dans un délai de six mois à compter du moment où cette demande a été communiquée aux Parties contractantes et où le secrétariat visé à l'article 28 a reçu notification du fait que la demande a été appuyée par la majorité d'entre elles.

ii) findet statt auf schriftliches Ersuchen einer Vertragspartei innerhalb von sechs Monaten, nachdem dieses Ersuchen den Vertragsparteien übermittelt wurde und bei dem in Artikel 28 bezeichneten Sekretariat die Notifikation eingegangen ist, daß das Ersuchen von der Mehrheit der Vertragsparteien unterstützt wird.

Article 24

Attendance

1. Each Contracting Party shall attend meetings of the Contracting Parties and be represented at such meetings by one delegate, and by such alternates, experts and advisers as it deems necessary.

2. The Contracting Parties may invite, by consensus, any intergovernmental organization which is competent in respect of matters governed by this Convention to attend, as an observer, any meeting, or specific sessions thereof. Observers shall be required to accept in writing, and in advance, the provisions of Article 27.

Article 24

Participation

1. Chaque Partie contractante participe aux réunions des Parties contractantes; elle y est représentée par un délégué et, dans la mesure où elle le juge nécessaire, par des suppléants, des experts et des conseillers.

2. Les Parties contractantes peuvent inviter, par consensus, toute organisation intergouvernementale qui est compétente pour des questions régies par la présente Convention à assister, en qualité d'observateur, à toute réunion ou à certaines séances d'une réunion. Les observateurs sont tenus d'accepter par écrit et à l'avance les dispositions de l'article 27.

Artikel 24

Teilnahme

(1) Jede Vertragspartei nimmt an den Tagungen der Vertragsparteien teil; sie ist durch einen Delegierten und so viele Vertreter, Sachverständige und Berater vertreten, wie sie für erforderlich hält.

(2) Die Vertragsparteien können durch Konsens jede zwischenstaatliche Organisation, die für die durch dieses Übereinkommen erfaßten Angelegenheiten zuständig ist, zur Teilnahme als Beobachter an jeder Tagung oder an einzelnen Sitzungen einer Tagung einladen. Von den Beobachtern wird verlangt, zuvor die Bestimmungen des Artikels 27 schriftlich anzuerkennen.

Article 25

Summary Reports

The Contracting Parties shall adopt, by consensus, and make available to the public a document addressing issues discussed and conclusions reached during a meeting.

Article 25

Rapports de synthèse

Les Parties contractantes adoptent, par consensus, et mettent à la disposition du public un document consacré aux questions qui ont été examinées et aux conclusions qui ont été tirées au cours d'une réunion.

Artikel 25

Zusammenfassende Berichte

Die Vertragsparteien nehmen durch Konsens ein Dokument an, das die auf einer Tagung erörterten Fragen und gezogenen Schlußfolgerungen enthält, und machen es der Öffentlichkeit zugänglich.

Article 26

Languages

1. The languages of meetings of the Contracting Parties shall be Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish unless otherwise provided in the Rules of Procedure.

2. Reports submitted pursuant to Article 5 shall be prepared in the national language of the submitting Contracting Party or in a single designated language to be agreed in the Rules of Procedure. Should the report be submitted in a national language other than the designated language, a translation of the report into the designated language shall be provided by the Contracting Party.

3. Notwithstanding the provisions of paragraph 2, if compensated, the secretariat will assume the translation into the designated language of reports submitted in any other language of the meeting.

Article 26

Langues

1. Les langues des réunions des Parties contractantes sont l'anglais, l'arabe, le chinois, l'espagnol, le français et le russe, sauf disposition contraire des Règles de procédure.

2. Tout rapport présenté en application de l'article 5 est établi dans la langue nationale de la Partie contractante qui le présente ou dans une langue désignée unique à déterminer dans les Règles de procédure. Au cas où le rapport est présenté dans une langue nationale autre que la langue désignée, une traduction du rapport dans la langue désignée est fournie par la Partie contractante.

3. Nonobstant les dispositions du paragraphe 2, s'il est dédommagé, le secrétariat se charge de la traduction dans la langue désignée des rapports soumis dans toute autre langue de la réunion.

Artikel 26

Sprachen

(1) Die Sprachen auf den Tagungen der Vertragsparteien sind Arabisch, Chinesisch, Englisch, Französisch, Russisch und Spanisch, sofern in der Geschäftsordnung nichts anderes vorgesehen ist.

(2) Die nach Artikel 5 vorgelegten Berichte werden in der Landessprache der Vertragspartei abgefaßt, die den Bericht vorlegt, oder in einer einzigen in der Geschäftsordnung zu vereinbarenden bezeichneten Sprache. Sollte der Bericht in einer anderen als der bezeichneten Landessprache vorgelegt werden, stellt die Vertragspartei eine Übersetzung des Berichts in die bezeichnete Sprache zur Verfügung.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 wird das Sekretariat gegen Kostenerstattung die Übersetzung der in einer anderen Tagungssprache vorgelegten Berichte in die bezeichnete Sprache übernehmen.

Article 27

Confidentiality

1. The provisions of this Convention shall not affect the rights and obligations of the Contracting Parties under their law to protect information from disclosure. For the purposes of this Article, "information" includes, inter alia, (i) personal data; (ii) information protected by intellectual property

Article 27

Confidentialité

1. Les dispositions de la présente Convention n'affectent pas les droits et obligations qu'ont les Parties contractantes, conformément à leur législation, de protéger des informations contre leur divulgation. Aux fins du présent article, le terme «informations» englobe notamment i) les don-

Artikel 27

Vertraulichkeit

(1) Dieses Übereinkommen läßt die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aus ihren Rechtsvorschriften zum Schutz von Informationen vor einer Preisgabe unberührt. Im Sinne dieses Artikels umfaßt der Ausdruck „Informationen“ unter anderem i) personenbezogene Daten, ii) durch Rechte

rights or by industrial or commercial confidentiality; and (iii) information relating to national security or to the physical protection of nuclear materials or nuclear installations.

2. When, in the context of this Convention, a Contracting Party provides information identified by it as protected as described in paragraph 1, such information shall be used only for the purposes for which it has been provided and its confidentiality shall be respected.

3. The content of the debates during the reviewing of the reports by the Contracting Parties at each meeting shall be confidential.

Article 28

Secretariat

1. The International Atomic Energy Agency (hereinafter referred to as the "Agency") shall provide the secretariat for the meetings of the Contracting Parties.

2. The secretariat shall:

(i) convene, prepare and service the meetings of the Contracting Parties;

(ii) transmit to the Contracting Parties information received or prepared in accordance with the provisions of this Convention.

The costs incurred by the Agency in carrying out the functions referred to in sub-paragraphs (i) and (ii) above shall be borne by the Agency as part of its regular budget.

3. The Contracting Parties may, by consensus, request the Agency to provide other services in support of meetings of the Contracting Parties. The Agency may provide such services if they can be undertaken within its programme and regular budget. Should this not be possible, the Agency may provide such services if voluntary funding is provided from another source.

Chapter 4
Final Clauses and Other Provisions

Article 29

Resolution of Disagreements

In the event of a disagreement between two or more Contracting Parties concerning the interpretation or application of this Convention, the Contracting Parties shall

nées à caractère personnel; ii) les informations protégées par des droits de propriété intellectuelle ou par le secret industriel ou commercial; et iii) les informations relatives à la sécurité nationale ou à la protection physique des matières ou des installations nucléaires.

2. Lorsque, dans le cadre de la présente Convention, une Partie contractante fournit des informations en précisant qu'elles sont protégées comme indiqué au paragraphe 1, ces informations ne sont utilisées qu'aux fins pour lesquelles elles ont été fournies et leur caractère confidentiel est respecté.

3. La teneur des débats qui ont lieu au cours de l'examen des rapports par les Parties contractantes à chaque réunion est confidentielle.

Article 28

Secrétariat

1. L'Agence internationale de l'énergie atomique (ci-après dénommée l'«Agence») fait fonction de secrétariat des réunions des Parties contractantes.

2. Le secrétariat:

i) Convoque les réunions des Parties contractantes, les prépare et en assure le service;

ii) Transmet aux Parties contractantes les informations reçues ou préparées conformément aux dispositions de la présente Convention.

Les dépenses encourues par l'Agence pour s'acquitter des tâches prévues aux alinéas i) et ii) ci-dessus sont couvertes par elle au titre de son budget ordinaire.

3. Les Parties contractantes peuvent, par consensus, demander à l'Agence de fournir d'autres services pour les réunions des Parties contractantes. L'Agence peut fournir ces services s'il est possible de les assurer dans le cadre de son programme et de son budget ordinaire. Au cas où cela ne serait pas possible, l'Agence peut fournir ces services s'ils sont financés volontairement par une autre source.

Chapitre 4
Clauses finales et dispositions diverses

Article 29

Règlement des désaccords

En cas de désaccord entre deux ou plusieurs Parties contractantes concernant l'interprétation ou l'application de la présente Convention, les Parties contractantes

des geistigen Eigentums oder durch industrielle oder gewerbliche Geheimhaltung geschützte Informationen und iii) Informationen in bezug auf die nationale Sicherheit oder den physischen Schutz von Kernmaterial oder Kernanlagen.

(2) Stellt eine Vertragspartei im Zusammenhang mit diesem Übereinkommen Informationen zur Verfügung, die sie nach der Beschreibung in Absatz 1 als geschützte Informationen eingestuft hat, so werden diese ausschließlich für die Zwecke verwendet, für die sie zur Verfügung gestellt wurden; die Vertraulichkeit dieser Informationen ist zu wahren.

(3) Der Inhalt der Debatten während der Überprüfung der Berichte durch die Vertragsparteien auf jeder Tagung ist vertraulich.

Artikel 28

Sekretariat

(1) Die Internationale Atomenergie-Organisation (im folgenden als „Organisation" bezeichnet) stellt für die Tagungen der Vertragsparteien das Sekretariat zur Verfügung.

(2) Das Sekretariat

i) beruft die Tagungen der Vertragsparteien ein, bereitet sie vor und stellt auf den Tagungen die Dienstleistungen zur Verfügung;

ii) übermittelt den Vertragsparteien die aufgrund dieses Übereinkommens eingegangenen oder vorbereiteten Informationen.

Die der Organisation durch die unter den Ziffern i und ii genannten Aufgaben entstandenen Kosten werden von der Organisation als Teil ihres ordentlichen Haushalts getragen.

(3) Die Vertragsparteien können durch Konsens die Organisation ersuchen, weitere Dienstleistungen zur Unterstützung der Tagungen der Vertragsparteien zu erbringen. Die Organisation kann solche Dienste leisten, falls diese im Rahmen ihres Programms und ihres ordentlichen Haushalts erbracht werden können. Sollte dies nicht möglich sein, kann die Organisation solche Dienstleistungen erbringen, falls freiwillige Finanzmittel aus anderen Quellen zur Verfügung gestellt werden.

Kapitel 4
Schlußklauseln und sonstige Bestimmungen

Artikel 29

Beilegung von Meinungsverschiedenheiten

Im Fall einer Meinungsverschiedenheit zwischen zwei oder mehr Vertragsparteien über die Auslegung oder Anwendung dieses Übereinkommens konsultieren die Ver-

consult within the framework of a meeting of the Contracting Parties with a view to resolving the disagreement.

Article 30

Signature, Ratification, Acceptance, Approval, Accession

1. This Convention shall be open for signature by all States at the Headquarters of the Agency in Vienna from 20 September 1994 until its entry into force.

2. This Convention is subject to ratification, acceptance or approval by the signatory States.

3. After its entry into force, this Convention shall be open for accession by all States.

4.

(i) This Convention shall be open for signature or accession by regional organizations of an integration or other nature, provided that any such organization is constituted by sovereign States and has competence in respect of the negotiation, conclusion and application of international agreements in matters covered by this Convention.

(ii) In matters within their competence, such organizations shall, on their own behalf, exercise the rights and fulfil the responsibilities which this Convention attributes to States Parties.

(iii) When becoming party to this Convention, such an organization shall communicate to the Depositary referred to in Article 34, a declaration indicating which States are members thereof, which articles of this Convention apply to it, and the extent of its competence in the field covered by those articles.

(iv) Such an organization shall not hold any vote additional to those of its Member States.

5. Instruments of ratification, acceptance, approval or accession shall be deposited with the Depositary.

Article 31

Entry into Force

1. This Convention shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit with the Depositary of the twenty-second instrument of ratification, acceptance or approval, including the instruments of seventeen States, each having at least one nuclear installation which has achieved criticality in a reactor core.

2. For each State or regional organization of an integration or other nature which rati-

tiennent des consultations dans le cadre d'une réunion des Parties contractantes en vue de régler ce désaccord.

Article 30

Signature, ratification, acceptation, approbation, adhésion

1. La présente Convention est ouverte à la signature de tous les Etats au Siège de l'Agence, à Vienne, à partir du 20 septembre 1994 et jusqu'à son entrée en vigueur.

2. La présente Convention est soumise à ratification, acceptation ou approbation par les Etats signataires.

3. Après son entrée en vigueur, la présente Convention est ouverte à l'adhésion de tous les Etats.

4.

i) La présente Convention est ouverte à la signature ou à l'adhésion d'organisations régionales ayant un caractère d'intégration ou un autre caractère, à condition que chacune de ces organisations soit constituée par des Etats souverains et ait compétence pour négocier, conclure et appliquer des accords internationaux portant sur des domaines couverts par la présente Convention.

ii) Dans leurs domaines de compétence, ces organisations, en leur nom propre, exercent les droits et assument les responsabilités que la présente Convention attribue aux Etats parties.

iii) En devenant Partie à la présente Convention, une telle organisation communique au dépositaire visé à l'article 34 une déclaration indiquant quels sont ses Etats membres, quels articles de la présente Convention lui sont applicables, et quelle est l'étendue de sa compétence dans le domaine couvert par ces articles.

iv) Une telle organisation ne dispose pas de voix propre en plus de celles de ses Etats membres.

5. Les instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion sont déposés auprès du dépositaire.

Article 31

Entrée en vigueur

1. La présente Convention entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suit la date de dépôt, auprès du dépositaire, du vingt-deuxième instrument de ratification, d'acceptation ou d'approbation, sous réserve qu'un tel instrument ait été déposé par dix-sept Etats possédant chacun au moins une installation nucléaire dont un réacteur a divergé.

2. Pour chaque Etat ou organisation régionale ayant un caractère d'intégration ou

tragsparteien einander im Rahmen einer Tagung der Vertragsparteien zur Beilegung dieser Meinungsverschiedenheit.

Artikel 30

Unterzeichnung, Ratifikation, Annahme, Genehmigung und Beitritt

(1) Dieses Übereinkommen liegt für alle Staaten vom 20. September 1994 bis zu seinem Inkrafttreten am Sitz der Organisation in Wien zur Unterzeichnung auf.

(2) Dieses Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichnerstaaten.

(3) Nach seinem Inkrafttreten steht dieses Übereinkommen für alle Staaten zum Beitritt offen.

(4)

i) Dieses Übereinkommen steht für regionale Organisationen mit Integrations- oder anderem Charakter zur Unterzeichnung oder zum Beitritt offen, sofern diese von souveränen Staaten gebildet sind und für das Aushandeln, den Abschluß und die Anwendung internationaler Übereinkünfte betreffend die durch das Übereinkommen erfaßten Angelegenheiten zuständig sind.

ii) Bei Angelegenheiten, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen, handeln diese Organisationen bei Ausübung der Rechte und Erfüllung der Pflichten, die dieses Übereinkommen den Vertragsstaaten zuweist, im eigenen Namen.

iii) Wird eine solche Organisation Vertragspartei dieses Übereinkommens, so übermittelt sie dem in Artikel 34 bezeichneten Verwahrer eine Erklärung, in der sie angibt, welche Staaten Mitglieder der Organisation sind, welche Artikel des Übereinkommens auf sie anwendbar sind und welches der Umfang ihrer Zuständigkeit in dem von diesen Artikeln geregelten Bereich darstellt.

iv) Eine solche Organisation besitzt keine zusätzliche Stimme neben den Stimmen ihrer Mitgliedstaaten.

(5) Die Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

Artikel 31

Inkrafttreten

(1) Dieses Übereinkommen tritt am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde beim Verwahrer in Kraft, einschließlich der Urkunden von siebzehn Staaten, von denen jeder über mindestens eine Kernanlage verfügt, bei der ein Reaktorkern einen kritischen Zustand erreicht hat.

(2) Für jeden Staat oder jede regionale Organisation mit Integrations- oder ande-

fies, accepts, approves or accedes to this Convention after the date of deposit of the last instrument required to satisfy the conditions set forth in paragraph 1, this Convention shall enter into force on the ninetieth day after the date of deposit with the Depositary of the appropriate instrument by such a State or organization.

Article 32

Amendments to the Convention

1. Any Contracting Party may propose an amendment to this Convention. Proposed amendments shall be considered at a review meeting or an extraordinary meeting.

2. The text of any proposed amendment and the reasons for it shall be provided to the Depositary who shall communicate the proposal to the Contracting Parties promptly and at least ninety days before the meeting for which it is submitted for consideration. Any comments received on such a proposal shall be circulated by the Depositary to the Contracting Parties.

3. The Contracting Parties shall decide after consideration of the proposed amendment whether to adopt it by consensus, or, in the absence of consensus, to submit it to a Diplomatic Conference. A decision to submit a proposed amendment to a Diplomatic Conference shall require a two-thirds majority vote of the Contracting Parties present and voting at the meeting, provided that at least one half of the Contracting Parties are present at the time of voting. Abstentions shall be considered as voting.

4. The Diplomatic Conference to consider and adopt amendments to this Convention shall be convened by the Depositary and held no later than one year after the appropriate decision taken in accordance with paragraph 3 of this Article. The Diplomatic Conference shall make every effort to ensure amendments are adopted by consensus. Should this not be possible, amendments shall be adopted with a two-thirds majority of all Contracting Parties.

5. Amendments to this Convention adopted pursuant to paragraphs 3 and 4 above shall be subject to ratification, acceptance, approval, or confirmation by the Contracting Parties and shall enter into force for those Contracting Parties which have ratified, accepted, approved or confirmed them on the ninetieth day after the receipt by the Depositary of the relevant instruments by at least three fourths of the Contracting Parties. For a Contracting Party which subsequently ratifies, accepts, approves or confirms the said amendments, the amendments will enter into force on the

un autre caractère qui ratifie la présente Convention, l'accepte, l'approuve ou y adhère après la date de dépôt du dernier instrument requis pour que les conditions énoncées au paragraphe 1 soient remplies, la présente Convention entre en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suit la date de dépôt, auprès du dépositaire, de l'instrument approprié par cet Etat ou cette organisation.

Article 32

Amendement à la Convention

1. Toute Partie contractante peut proposer un amendement à la présente Convention. Les amendements proposés sont examinés lors d'une réunion d'examen ou d'une réunion extraordinaire.

2. Le texte de tout amendement proposé et les motifs de cet amendement sont communiqués au dépositaire qui transmet la proposition aux Parties contractantes dans les meilleurs délais, mais au moins quatre-vingt-dix jours avant la réunion à laquelle l'amendement est soumis pour être examiné. Toutes les observations reçues au sujet de ladite proposition sont communiquées aux Parties contractantes par le dépositaire.

3. Les Parties contractantes décident, après avoir examiné l'amendement proposé, s'il y a lieu de l'adopter par consensus ou, en l'absence de consensus, de le soumettre à une conférence diplomatique. Toute décision de soumettre un amendement proposé à une conférence diplomatique doit être prise à la majorité des deux tiers des Parties contractantes présentes et votantes à la réunion, sous réserve qu'au moins la moitié des Parties contractantes soient présentes au moment du vote. Les abstentions sont considérées comme des votes.

4. La conférence diplomatique chargée d'examiner et d'adopter des amendements à la présente Convention est convoquée par le dépositaire et se tient dans un délai d'un an après que la décision appropriée a été prise conformément au paragraphe 3 du présent article. La Conférence diplomatique déploie tous les efforts possibles pour que les amendements soient adoptés par consensus. Si cela n'est pas possible, les amendements sont adoptés à la majorité des deux tiers de l'ensemble des Parties contractantes.

5. Les amendements à la présente Convention qui ont été adoptés conformément aux paragraphes 3 et 4 ci-dessus sont soumis à ratification, acceptation, approbation ou confirmation par les Parties contractantes et entrent en vigueur à l'égard des Parties contractantes qui les ont ratifiés, acceptés, approuvés ou confirmés le quatre-vingt-dixième jour qui suit la réception, par le dépositaire, des instruments correspondants d'au moins les trois quarts desdites Parties contractantes. Pour une Partie contractante qui ratifie, accepte, approuve ou confirme ultérieurement lesdits amen-

rem Charakter, die dieses Übereinkommen nach Hinterlegung der letzten, zur Erfüllung der in Absatz 1 genannten Bedingungen notwendigen Urkunde ratifizieren, annehmen, genehmigen oder ihm beitreten, tritt das Übereinkommen am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der entsprechenden Urkunde beim Verwahrer durch diesen Staat oder diese Organisation in Kraft.

Artikel 32

Änderungen des Übereinkommens

(1) Jede Vertragspartei kann Änderungen dieses Übereinkommens vorschlagen. Änderungsvorschläge werden auf einer Überprüfungstagung oder einer außerordentlichen Tagung geprüft.

(2) Der Wortlaut jedes Änderungsvorschlags und die Begründung dafür werden dem Verwahrer vorgelegt, der den Vertragsparteien den Vorschlag umgehend bis spätestens neunzig Tage vor der Tagung, auf der er geprüft werden soll, übermittelt. Alle zu einem solchen Vorschlag eingegangenen Stellungnahmen werden den Vertragsparteien vom Verwahrer übermittelt.

(3) Die Vertragsparteien beschließen nach Prüfung der vorgeschlagenen Änderung, ob sie diese durch Konsens annehmen oder, falls ein Konsens nicht zustande kommt, ob sie sie einer Diplomatischen Konferenz vorlegen. Für den Beschluß, eine vorgeschlagene Änderung einer Diplomatischen Konferenz vorzulegen, ist die Zweidrittelmehrheit der auf der Tagung anwesenden und abstimmenden Vertragsparteien erforderlich, mit der Maßgabe, daß mindestens die Hälfte der Vertragsparteien zum Zeitpunkt der Abstimmung anwesend ist. Enthaltungen gelten als abgegebene Stimmen.

(4) Die Diplomatische Konferenz zur Prüfung und Annahme von Änderungen dieses Übereinkommens wird vom Verwahrer einberufen; sie findet spätestens ein Jahr nach dem diesbezüglichen Beschluß in Übereinstimmung mit Absatz 3 statt. Die Diplomatische Konferenz bemüht sich nach besten Kräften sicherzustellen, daß Änderungen durch Konsens angenommen werden. Ist dies nicht möglich, werden Änderungen mit Zweidrittelmehrheit aller Vertragsparteien angenommen.

(5) Änderungen dieses Übereinkommens, die nach den Absätzen 3 und 4 angenommen wurden, bedürfen der Ratifikation, Annahme, Genehmigung oder Bestätigung durch die Vertragsparteien; sie treten für die Vertragsparteien, die sie ratifiziert, angenommen, genehmigt oder bestätigt haben, am neunzigsten Tag nach Eingang der entsprechenden Urkunden von mindestens drei Vierteln der Vertragsparteien beim Verwahrer in Kraft. Für eine Vertragspartei, welche die betreffenden Änderungen später ratifiziert, annimmt, genehmigt oder bestätigt, treten die Änderungen am neunzigsten

ninetieth day after that Contracting Party has deposited its relevant instrument.

Article 33

Denunciation

1. Any Contracting Party may denounce this Convention by written notification to the Depositary.

2. Denunciation shall take effect one year following the date of the receipt of the notification by the Depositary, or on such later date as may be specified in the notification.

Article 34

Depositary

1. The Director General of the Agency shall be the Depositary of this Convention.

2. The Depositary shall inform the Contracting Parties of:

(i) the signature of this Convention and of the deposit of instruments of ratification, acceptance, approval or accession, in accordance with Article 30;

(ii) the date on which the Convention enters into force, in accordance with Article 31;

(iii) the notifications of denunciation of the Convention and the date thereof, made in accordance with Article 33;

(iv) the proposed amendments to this Convention submitted by Contracting Parties, the amendments adopted by the relevant Diplomatic Conference or by the meeting of the Contracting Parties, and the date of entry into force of the said amendments, in accordance with Article 32.

Article 35

Authentic Texts

The original of this Convention of which the Arabic, Chinese, English, French, Russian and Spanish texts are equally authentic, shall be deposited with the Depositary, who shall send certified copies thereof to the Contracting Parties.

In witness whereof the undersigned, being duly authorized to that effect, have signed this Convention.

Done at Vienna on the 20th day of September 1994.

dements, ceux-ci entrent en vigueur le quatre-vingt-dixième jour qui suit le dépôt par cette Partie contractante de l'instrument correspondant.

Article 33

Dénonciation

1. Toute Partie contractante peut dénoncer la présente Convention par une notification écrite adressée au dépositaire.

2. La dénonciation prend effet un an après la date à laquelle le dépositaire reçoit cette notification, ou à toute autre date ultérieure spécifiée dans la notification.

Article 34

Dépositaire

1. Le Directeur général de l'Agence est le dépositaire de la présente Convention.

2. Le dépositaire informe les Parties contractantes:

i) De la signature de la présente Convention et du dépôt d'instruments de ratification, d'acceptation, d'approbation ou d'adhésion, conformément à l'article 30;

ii) De la date à laquelle la Convention entre en vigueur, conformément à l'article 31;

iii) Des notifications de dénonciation de la Convention faites conformément à l'article 33 et de la date de ces notifications;

iv) Des projets d'amendements à la présente Convention soumis par des Parties contractantes, des amendements adoptés par la conférence diplomatique correspondante ou la réunion des Parties contractantes et de la date d'entrée en vigueur desdits amendements, conformément à l'article 32.

Article 35

Textes authentiques

L'original de la présente Convention, dont les versions anglaise, arabe, chinoise, espagnole, française et russe font également foi, est déposé auprès du dépositaire, qui en adresse des copies certifiées conformes aux Parties contractantes.

En foi de quoi, les soussignes, dûment habilités à cet effet, ont signé la présente Convention.

Fait à Vienne, le 20 septembre 1994.

Tag, nachdem die Vertragspartei die entsprechende Urkunde hinterlegt hat, in Kraft.

Artikel 33

Kündigung

(1) Jede Vertragspartei kann dieses Übereinkommen durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation kündigen.

(2) Die Kündigung wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation beim Verwahrer oder zu einem späteren in der Notifikation festgelegten Zeitpunkt wirksam.

Artikel 34

Verwahrer

(1) Der Generaldirektor der Organisation ist Verwahrer dieses Übereinkommens.

(2) Der Verwahrer unterrichtet die Vertragsparteien

i) von der Unterzeichnung dieses Übereinkommens und der Hinterlegung der Ratifikations-, Annahme-, Genehmigungs- oder Beitrittsurkunden nach Artikel 30;

ii) von dem Inkrafttreten dieses Übereinkommens nach Artikel 31;

iii) von den nach Artikel 33 erfolgten Notifikationen der Kündigung dieses Übereinkommens und dem Zeitpunkt der Kündigung;

iv) von den von Vertragsparteien vorgelegten Änderungsvorschlägen zu diesem Übereinkommen und den auf der entsprechenden Diplomatischen Konferenz oder der Tagung der Vertragsparteien angenommenen Änderungen sowie von dem Inkrafttreten der betreffenden Änderungen nach Artikel 32.

Artikel 35

Verbindliche Wortlaute

Die Urschrift dieses Übereinkommens, dessen arabischer, chinesischer, englischer, französischer, russischer und spanischer Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist, wird beim Verwahrer hinterlegt; dieser übermittelt den Vertragsparteien beglaubigte Abschriften.

Zu Urkund dessen haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Übereinkommen unterschrieben.

Geschehen zu Wien am 20. September 1994.

Denkschrift zu dem Übereinkommen über nukleare Sicherheit

I. Allgemeines

1. Mit dem Übereinkommen über nukleare Sicherheit wird erstmals im weltweiten Rahmen eine völkerrechtlich verbindliche Verpflichtung geschaffen, international anerkannte Grundsätze der Reaktorsicherheit im nationalen Bereich anzuwenden. Der Bereich der Reaktorsicherheit, der bis zu diesem Zeitpunkt ausschließlich von nationalen Regeln bestimmt wurde, soll damit auch einer internationalen Kontrolle zugeführt werden. Das Übereinkommen bildet den vorläufigen Abschluß einer schon länger andauernden Entwicklung auf internationaler Ebene.

   Im Rahmen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) wurde seit Mitte der 70er Jahre ein wissenschaftlich-technisches Programm verfolgt, mit dem Ziel, international anerkannte Grundsätze der Reaktorsicherheit zu entwickeln (Nuclear Safety Standards (NUSS)-Programme). Von der IAEO wurde insbesondere der Begriff der Sicherheitskultur entwickelt und zur Forderung erhoben. Der Ertrag dieser Arbeiten wurde in den Safety Fundamentals „The Safety of Nuclear Installations" im Jahre 1993 niedergelegt, in denen Grundziele, Konzepte und Prinzipien zur Gewährung nuklearer Sicherheit festgelegt sind.

   Parallel zur Entwicklung der technischen Grundlagen wurde der Problemkreis der nuklearen Sicherheit auch von den Staaten als internationale politische Aufgabe aufgenommen. Im Jahre 1979 wurde das Übereinkommen über den physischen Schutz von Kernmaterial zur Unterzeichnung aufgelegt.

   Der Reaktorunfall von Tschernobyl im Jahre 1986 führte zu der Erkenntnis, daß die internationale Zusammenarbeit und die internationale Vereinheitlichung von Grundsätzen der Reaktorsicherheit ein vordringliches Ziel ist. Als unmittelbare Reaktionen auf den Unfall wurden im Jahre 1986 das Übereinkommen über die frühzeitige Benachrichtigung und das Übereinkommen über die gegenseitige Hilfeleistung zur Zeichnung aufgelegt.

   Die bereits weitgehend bestehende internationale Zusammenarbeit im Bereich des Strahlenschutzes und der Beförderung radioaktiver Stoffe wurde fortgesetzt und weiter vertieft. Dennoch entzog sich ein Kernstück der nuklearen Sicherheit weiterhin der internationalen Harmonisierung.

   Auf Grund einer deutschen Initiative auf der Sonderkonferenz der IAEO in Wien im September 1991 und vor dem Hintergrund der veränderten politischen Verhältnisse in Mittel- und Osteuropa wurden erste Arbeiten zur Einrichtung eines Übereinkommens über nukleare Sicherheit im unmittelbaren Anschluß an die Sonderkonferenz aufgenommen. Das Ergebnis dieser Arbeiten wurde nach nur zweieinhalbjährigen Verhandlungen im Juni 1994 einer diplomatischen Konferenz, an der 83 Staaten teilnahmen, zur Beschlußfassung vorgelegt. Das Übereinkommen wurde im September 1994 zur Unterzeichnung aufgelegt. Es wurde bisher von 62 Staaten gezeichnet und von 16 Staaten ratifiziert (Stand: Februar 1996).

2. Das Übereinkommen umfaßt eine Präambel und 35 Artikel. Ziel des Übereinkommens ist die Erreichung und Beibehaltung eines weltweit hohen Standards nuklearer Sicherheit, die Schaffung und Beibehaltung wirksamer Abwehrvorkehrungen gegen mögliche radiologische Gefahren und die Verhütung von Unfällen mit radiologischen Folgen. Sein Anwendungsbereich erstreckt sich auf ortsgebundene zivile Kernkraftwerke unter Einbeziehung von Vorrichtungen für die Lagerung, Handhabung und Bearbeitung radioaktiven Materials, das sich auf dem Gelände des Kernkraftwerks befindet und mit dem Betrieb unmittelbar zusammenhängt.

   Das Übereinkommen statuiert Verpflichtungen der Vertragsstaaten, die der Erreichung des Vertragsziels dienen sollen. Es beschränkt sich dabei, ohne auf technische Einzelheiten einzugehen, auf Grundsätze der Reaktorsicherheit, die im wesentlichen auf den sogenannten Safety Fundamentals der IAEO fußen (The Safety of Nuclear Installations, IAEA Safety Series No. 110, 1993).

   Die Vertragsstaaten verpflichten sich, diese technischen Grundsatzbestimmungen in ihr nationales Recht umzusetzen. Es geht dabei beispielsweise um Anforderungen an das gesetzliche Rahmenwerk und die Aufgaben staatlicher Stellen bei der Kontrolle von Kernkraftwerken. Ferner werden die vertragschließenden Parteien verpflichtet, die „technischen" Bestimmungen in ihr nationales Recht umzusetzen, soweit noch erforderlich. Diese Vorschriften wurden auf der Grundlage der Safety Fundamentals, die ihrerseits aus anderen Regeln der IAEO abgeleitet wurden, ausgearbeitet. Es handelt sich dementsprechend um sehr allgemein gehaltene Anforderungen. Ferner werden die vertragschließenden Parteien verpflichtet, dafür Sorge zu tragen, daß allgemeine Sicherheitsüberlegungen beachtet werden, hinreichend finanzielle Ressourcen und qualifiziertes Personal in jeder Anlage zur Verfügung stehen, Qualitätssicherungsprogramme eingeführt, Notfallschutzmaßnahmen vorgesehen und bestimmte allgemeine Grundsätze bei der Standortwahl, bei der Auslegung und beim Betrieb der Anlage beachtet werden. Die Vertragsstaaten verpflichten sich außerdem, die Sicherheit ihrer vorhandenen, in den Anwendungsbereich des Übereinkommens fallenden Anlagen zu überprüfen. Ferner verpflichten sie sich – falls die Anlagen diesen Verpflichtungen nicht genügen – diese Anlagen nachzurüsten. Schließlich müssen solche Anlagen in letzter Konsequenz stillgelegt werden. Für den Zeitpunkt einer eventuell erforderlichen Stillegung können allerdings eine Reihe weiterer Faktoren, wie die Lage der Energieversorgung in dem betroffenen Vertragsstaat, aber auch soziale und wirtschaftliche Aspekte eine Rolle spielen.

Die Umsetzung des Übereinkommens wird auf Überprüfungstagungen – Konferenzen der Vertragsstaaten – überprüft. Hierzu haben die Vertragsstaaten Berichte über die Umsetzung des Übereinkommens im nationalen Bereich vorzulegen. Diese werden diskutiert. Die Vertragsstaaten sind verpflichtet, an den Überprüfungskonferenzen teilzunehmen. Die Teilnahme an den Konferenzen und die Berichtspflicht sowie die gemeinsame Diskussion der Berichte soll auf die Staaten einwirken, sich vertragsgerecht zu verhalten (Peer Group Review). Unter den Vertragsstaaten bestand schon während der Verhandlungen die Überzeugung, daß das Instrument der Peer Group Review geeignet ist, die Einhaltung der vorgesehenen Sicherheitsregeln zu gewährleisten.

Die IAEO stellt für die Tagung der Vertragsparteien das Sekretariat zur Verfügung. Die der IAEO dadurch entstandenen Kosten werden von dieser als Teil des ordentlichen Haushalts getragen. Von den Vertragsparteien angeforderte weitere Dienstleistungen der IAEO zur Unterstützung der Tagungen der Vertragsparteien können nur dann erbracht werden, wenn diese im Rahmen ihres Programms und ihres ordentlichen Haushalts gedeckt werden oder wenn für solche Dienstleistungen freiwillige Finanzmittel aus anderen Quellen zur Verfügung stehen. Das Übereinkommen steht zur Zeichnung durch alle Staaten offen, unabhängig davon, ob sich Kernanlagen in ihrem Hoheitsgebiet befinden. Zur Zeichnung berechtigt ist auch die Europäische Atomgemeinschaft.

II. Besonderes

Zur Präambel

Die Präambel betont die Bedeutung der Gewährleistung einer sicheren, gut geregelten und umweltverträglichen Nutzung der Kernenergie für die internationale Staatengemeinschaft und bekräftigt die Absicht, eine wirksame nukleare Sicherheitskultur zu fördern. Die Vertragsparteien sind eingedenk des Übereinkommens von 1979 über den physischen Schutz von Kernmaterial, des Übereinkommens von 1986 über die frühzeitige Benachrichtigung bei nuklearen Unfällen und des Übereinkommens von 1986 über Hilfeleistungen bei nuklearen Unfällen oder radiologischen Notfällen. In Bekräftigung der Bedeutung internationaler Zusammenarbeit zur Verbesserung der nuklearen Sicherheit betonen die Vertragsstaaten, daß dieses Übereinkommen einen weiteren Schritt darstellt, einen hohen Sicherheitsstandard zu erreichen. Sie bekräftigen schließlich die Notwendigkeit, sofort mit der Ausarbeitung eines internationalen Übereinkommens über die Sicherheit im Umgang mit radioaktiven Abfällen zu beginnen, sobald geeignete Sicherheitsgrundlagen in diesem Bereich breite internationale Zustimmung gefunden haben.

Zu Artikel 1

Artikel 1 umreißt die Ziele des Übereinkommens. Diese sind Errichtung und Beibehaltung eines weltweit hohen Stands nuklearer Sicherheit, Schaffung und Beibehaltung wirksamerer Abwehrvorkehrungen in Kernanlagen gegen mögliche radiologische Gefahren zum Schutz einzelner, der Gesellschaft und der Umwelt und die Verhütung von radiologischen Unfällen sowie die Milderung der Folgen solcher Unfälle, falls sie eintreten.

Zu Artikel 2

Der Artikel bestimmt die in diesem Übereinkommen verwendeten Begriffe „Kernanlage“, „staatliche Stelle“ und „Genehmigung“.

„Kernanlage“ im Sinne des Übereinkommens ist jedes ortsgebundene zivile Kernkraftwerk unter der Hoheitsgewalt der betreffenden Vertragspartei. Der Begriff schließt solche Lagerungs-, Handhabungs- und Bearbeitungseinrichtungen ein, die sich auf demselben Gelände wie die Kernanlage befinden und mit seinem Betrieb unmittelbar zusammenhängen. Ein Kernkraftwerk gilt dann nicht mehr als „Kernanlage“ im Sinne des Übereinkommens, sobald alle nuklearen Brennelemente endgültig aus dem Reaktorkern entfernt und in Übereinstimmung mit genehmigten Verfahren sicher gelagert worden sind und wenn die staatliche Stelle einem Stillegungsprogramm zugestimmt hat.

Im Sinne des Übereinkommens sind „staatliche Stellen“ für jede Vertragspartei die Stelle oder die Stellen, die von der Vertragspartei mit der rechtlichen Befugnis ausgestattet sind, Genehmigungen zu erteilen und Standortwahl, Auslegung, Bau, Inbetriebnahme, Betrieb und Stillegung von Kernanlagen zu regeln. Der Begriff „staatliche Stelle“ umfaßt Genehmigungsbehörden und Aufsichtsbehörden, aber auch solche staatliche Stellen, die generell verbindliche Rechtsnormen erlassen können.

Der Begriff der „Genehmigung“ entspricht dem im Verwaltungsrecht üblichen Begriff: Es wird eine staatliche Ermächtigung zur Ausübung einer bestimmten Tätigkeit ausgesprochen.

Zu Artikel 3

Der Artikel beschränkt den Anwendungsbereich des Übereinkommens auf die Sicherheit von Kernanlagen im Sinne des Artikel 2. Das Übereinkommen findet demnach keine Anwendung auf Forschungsreaktoren und sonstige kerntechnische Anlagen und Tätigkeiten.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung verpflichtet die Vertragsparteien, im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts die Maßnahmen zu ergreifen, die zur Durchführung der in nachfolgenden Artikeln enthaltenen Verpflichtungen erforderlich sind.

Zu Artikel 5

Der Artikel verpflichtet die Vertragsparteien, vor jeder Überprüfungstagung nach Artikel 20 Berichte über die von ihr getroffenen Maßnahmen zur Erfüllung dieses Übereinkommens vorzulegen. Die Bestimmung hat für den Mechanismus des Übereinkommens zentrale Bedeutung. Sie soll sicherstellen, daß alle Vertragsparteien die erforderlichen Informationen und Materialien erhalten, um bewerten zu können, in welcher Weise die einzelne Vertragspartei ihre Verpflichtungen erfüllt. Die Berichte bilden die Grundlage für die Diskussionen auf den Überprüfungstagungen nach den Artikeln 20 bis 28 dieses Übereinkommens.

Zu Artikel 6

Der Artikel enthält Regelungen über Kernanlagen, die vor dem Zeitpunkt des Übereinkommens vorhanden sind. Er statuiert eine Pflicht zur Überprüfung der Sicherheit dieser Anlagen. Sofern es sich als notwendig erweist, den Sicherheitsstandard dieser Anlagen an die Erfordernisse dieses

Übereinkommens anzupassen, hat die Vertragspartei sicherzustellen, daß alle zumutbaren und praktisch möglichen Verbesserungen dringend vorgenommen werden. Wenn eine solche Verbesserung nicht möglich ist, so soll die Kernanlage sobald wie möglich abgeschaltet werden. Dabei können bei der Festlegung des Zeitrahmens für die Abschaltung der gesamte energiewirtschaftliche Zusammenhang mit möglichen Alternativen sowie die sozialen, umweltbezogenen und wirtschaftlichen Auswirkungen Berücksichtigung finden.

Zu Artikel 7

Gemäß Absatz 1 dieses Artikels hat jede Vertragspartei einen Rahmen für Gesetzgebung und Vollzug zur Regelung der nuklearen Sicherheit zu schaffen und beizubehalten.

Absatz 2 der Bestimmung legt den Rahmen dieser Verpflichtung im einzelnen fest.

Zu Artikel 8

Absatz 1 des Artikels enthält die Verpflichtung, die in Artikel 2 Nummer ii definierte staatliche Stelle zu errichten oder zu bestimmen. Diese Stelle ist mit der Durchführung des in Artikel 7 bezeichneten Rahmens für Gesetzgebung und Vollzug betraut. Sie muß mit den erforderlichen Befugnissen und sächlichen sowie personellen Mitteln ausgestattet sein, um ihre Aufgaben erfüllen zu können.

Absatz 2 verpflichtet die Vertragsparteien, die Aufgaben der staatlichen Stelle zu trennen von denjenigen anderer Stellen, die mit der Förderung oder Nutzung von Kernenergie befaßt sind. Die Vorschrift zielt darauf ab, daß die Überwachung der Sicherheit nicht durch Gesichtspunkte der Förderung beeinträchtigt wird.

Zu Artikel 9

Der Artikel beinhaltet einen tragenden Grundsatz des Übereinkommens. Die Vertragsparteien müssen sicherstellen, daß die Verantwortung für die Sicherheit einer Kernanlage zuvörderst bei dem Genehmigungsinhaber liegt. Die Vertragsparteien müssen gegenüber dem Genehmigungsinhaber die Wahrnehmung seiner Verantwortung durchsetzen.

Zu Artikel 10

Artikel 10 verpflichtet die Vertragsparteien, Leitlinien, Grundsätze und Strategien zu entwickeln, die der nuklearen Sicherheit den gebotenen Vorrang einräumen. Der Vorrang der Sicherheit vor anderen Zwecken ist eine konkrete Ausgestaltung des vierten Erwägungsgrunds der Präambel und damit ein Kernstück nuklearer Sicherheitskultur. Das Prinzip ist bei Anwendung der Bestimmungen dieses Übereinkommens jeweils zugrundezulegen.

Zu Artikel 11

Artikel 11 soll sicherstellen, daß angemessene finanzielle und persönliche Mittel zur Verfügung stehen, um während der gesamten Lebensdauer einer Kernanlage ihre nukleare Sicherheit zu gewährleisten. Personal muß nicht nur in ausreichender Anzahl vorhanden, sondern auch entsprechend qualifiziert sein. Diese Qualifikation ist durch Ausbildung, Schulung und Wiederholungsschulung zu schaffen.

Zu Artikel 12

Der Artikel zieht Folgerungen aus der Tatsache, daß jede Technik von den sie bedienenden Menschen abhängig ist. Er verpflichtet deshalb die Vertragsparteien sicherzustellen, daß Fähigkeiten und Grenzen menschlichen Handelns bei der Gewährleistung der Sicherheit Berücksichtigung finden. Damit wird der Erkenntnis Rechnung getragen, daß der Schnittstelle Mensch/Maschine als Element der Sicherheitskultur eine bedeutende Rolle zukommt.

Zu Artikel 13

Die Bestimmung verpflichtet die Vertragsparteien, Programme zur Qualitätssicherung aufzustellen und durchzuführen. Damit soll das erforderliche Vertrauen geschaffen werden, daß die Sicherheitsanforderungen erfüllt werden.

Zu Artikel 14

Die Schaffung von Sicherheit ist ein fortlaufender Prozeß. Aus diesem Grund verpflichtet Artikel 14 die Vertragsparteien dazu, umfassende und systematische Sicherheitsbewertungen von der Errichtungsphase bis zum Betriebsende vorzunehmen und diese Bewertungen zu dokumentieren, um aus den gewonnenen Erfahrungen den Stand der Sicherheit fortzuentwickeln. Die erforderliche Überprüfung durch Analyse, Überwachung, Erprobung und Prüfung soll sicherstellen, daß der physische Zustand und der Betrieb einer Kernanlage seiner Auslegung und den geltenden innerstaatlichen Sicherheitsanforderungen, Grenzwerten und Bedingungen weiterhin entsprechen.

Zu Artikel 15

Der Artikel macht den international anerkannten Strahlenschutzgrundsatz „so gering wie vernünftigerweise möglich" (Alara-Prinzip) zur ausdrücklichen Vertragsverpflichtung. Er verpflichtet darüber hinaus, daß niemand einer Strahlendosis ausgesetzt wird, die die innerstaatlich vorgeschriebenen Grenzwerte überschreitet.

Zu Artikel 16

Die Vertragsparteien müssen nach dieser Bestimmung Notfallpläne innerhalb und außerhalb der Kernanlage vorbereiten und überprüfen sowie der eigenen Bevölkerung die entsprechenden Informationen für die Notfallplanung und -bekämpfung geben. Um Nachbarstaaten die Möglichkeit zu Konsultationen zu geben, ist sicherzustellen, daß diese Staaten, soweit sie von einem strahlungsbedingten Notfall betroffen werden können, die entsprechenden Informationen für die Notfallplanung und -bekämpfung erhalten.

Die Verpflichtung des Artikel 16 erfaßt auch Vertragsstaaten, die in ihrem Gebiet keine Kernanlage haben, jedoch von einem Notfall in einer benachbarten Kernanlage betroffen sein könnten: Diese Staaten haben ebenfalls geeignete Notfallmaßnahmen für ihr Gebiet zu treffen (Absatz 3).

Zu Artikel 17

Die Bestimmung verpflichtet die Vertragsstaaten, bei der Standortwahl alle standortbezogenen einschlägigen Faktoren zu berücksichtigen, die Einfluß auf die Sicherheit der Kernanlage haben könnten. Auch hinsichtlich der Stand-

ortwahl müssen die notwendigen Informationen an Nachbarstaaten weitergeleitet werden, um diesen die Möglichkeit zu Konsultationen zu geben.

Zu Artikel 18

Bei Auslegung und Bau der Kernanlage haben die Vertragsparteien sicherzustellen, daß mehrere zuverlässige Ebenen und Methoden zum Schutz gegen die Freisetzung radioaktiven Materials vorgesehen werden („Defence-in-depth" – in die Tiefe gestaffelte Abwehr). Die dabei eingesetzten Techniken müssen sich nach der Erfahrung oder durch Erprobung und Analyse bewährt haben. Bei der Auslegung einer Kernanlage ist ein zuverlässiger, beständiger und leicht zu handhabender Betrieb zu ermöglichen; dabei muß die bereits in Artikel 12 angesprochene Schnittstelle Mensch/Maschine besondere Berücksichtigung finden.

Zu Artikel 19

Der Artikel regelt die Grundvoraussetzungen des Betriebs von Kernanlagen.

Er verpflichtet die Vertragsstaaten, die Ermächtigung für den Betriebsbeginn nur aufgrund einer geeigneten Sicherheitsanalyse und eines Programms zur Inbetriebnahme zu erteilen. Aus der Sicherheitsanalyse und dem Betriebsprogramm muß sich ergeben, daß die Anlage den Auslegungs- und Sicherheitsanforderungen entspricht. Die aus Sicherheitsanalyse, Erprobung und Betriebserfahrung hervorgegangenen betrieblichen Grenzwerte und Bedingungen sind festzulegen und bei Bedarf zu überarbeiten. Der Betrieb sowie Wartung und Inspektion müssen in Übereinstimmung mit den genehmigten Verfahren erfolgen. Verfahren betreffend die Reaktion auf Unfälle und Störfälle sind festzulegen. Ingenieurtechnische und technische Unterstützung muß im Bereich der Sicherheit für die gesamte Lebensdauer der Kernanlage zur Verfügung stehen. Ein Meldesystem für sicherheitsrelevante Ereignisse vom Inhaber der Kernanlage an die staatliche Stelle ist vorzusehen. Programme zur Analyse und Erfahrungsauswertung aus dem Betrieb sind aufzustellen, um als Grundlage des Handelns zu dienen und um wichtige Erfahrungen mit internationalen Gremien, anderen Betreiberorganisationen und staatlichen Stellen auszutauschen. Schließlich ist die Erzeugung radioaktiven Abfalls durch den Betrieb einer Kernanlage hinsichtlich Aktivität und Volumen auf das jeweils mögliche Mindestmaß zu beschränken. Bei jeder notwendigen Behandlung und Lagerung von abgebrannten Brennstoffen und Abfällen aus dem Betrieb müssen Konditionierung und Beseitigung Berücksichtigung finden.

Zu Artikel 20

Die hier genannten Überprüfungstagungen sind das Forum, in dem die nach Artikel 5 des Übereinkommens vorgelegten Berichte zwischen den Vertragsstaaten erörtert werden; die Überprüfungstagungen bilden damit das wesentliche völkerrechtliche Instrument zur Durchsetzung der Vertragsziele (Absatz 1).

Im übrigen enthält die Vorschrift Organisationselemente (Bildung von Untergruppen) und legt fest, daß jede Vertragspartei angemessene Gelegenheit erhalten muß, die von anderen Vertragsparteien vorgelegten Berichte zu erörtern und Klarstellungen zu diesen Berichten zu suchen. Mit dieser Verpflichtung, die Berichte zur umfassenden Diskussion zu stellen, soll gewährleistet werden, daß die Berichte den tatsächlichen Stand der nuklearen Sicherheit in dem jeweiligen Land widerspiegeln.

Zu den Artikeln 21, 22 und 23

Die Artikel legen organisatorische Grundregeln der Tagungen fest. Ein Zeitplan für Überprüfungstagungen ist zu beschließen, jedoch darf die Zeitspanne zwischen den Überprüfungstagungen drei Jahre nicht überschreiten.

Durch eine Vorbereitungstagung soll das zügige Wirksamwerden des Übereinkommens nach Inkrafttreten gesichert werden. Es wird ferner festgelegt, daß auf der Vorbereitungstagung Geschäftsordnung und Finanzregelungen von den Vertragsparteien einvernehmlich angenommen werden. Dazu gehören insbesondere auch Richtlinien über die Ausgestaltung und den Zeitpunkt der Vorlage der Berichte sowie über das Verfahren zur Überprüfung der Berichte. Das Übereinkommen sieht auch die Möglichkeit der Einberufung von außerordentlichen Tagungen in bestimmten Fällen vor.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel begründet eine Verpflichtung der Vertragsparteien, an den Tagungen der Vertragsparteien teilzunehmen. Jede Vertragspartei wird durch einen Delegierten vertreten, der freilich Vertreter, Sachverständige und Berater hinzuziehen kann.

Sofern die Vertragsparteien hierüber Einvernehmen erzielen, können zwischenstaatliche Organisationen, die satzungsgemäße Zuständigkeiten für den Anwendungsbereich dieses Übereinkommens haben und gewisse Bedingungen erfüllen, zur Teilnahme als Beobachter eingeladen werden.

Zu Artikel 25

Die auf der Tagung erörterten Fragen und die gezogenen Schlußfolgerungen werden der Öffentlichkeit in einem Dokument zugänglich gemacht, wenn die Vertragsparteien über das Dokument Konsens erzielen.

Zu Artikel 26

Sprachen auf den Tagungen sind die sechs Sprachen der Vereinten Nationen, sofern die Geschäftsordnung nichts anderes vorsieht. Die nach Artikel 5 vorzulegenden Berichte werden in der Landessprache der berichtenden Partei abgefaßt oder in einer in der Geschäftsordnung zu vereinbarenden bezeichneten Sprache vorgelegt. Legt eine Vertragspartei ihren Bericht in einer anderen als der bezeichneten Sprache vor, so hat sie selbst eine Übersetzung des Berichts in der bezeichneten Sprache beizufügen. Ungeachtet dieser Regelung wird das Sekretariat (vgl. Artikel 28) gegen Kostenerstattung die Übersetzung in die bezeichnete Sprache übernehmen.

Zu Artikel 27

Der Artikel sieht die Vertraulichkeit geschützter Informationen und den Schutz von Rechten des geistigen Eigentums sowie solcher Informationen vor, die sich auf die internationale Sicherheit oder den physischen Schutz von Kernanlagen beziehen.

Werden im Rahmen dieses Übereinkommens geschützte Informationen zur Verfügung gestellt, so werden sie ausschließlich für die Zwecke verwendet, für die sie zur Verfügung gestellt wurden, und ihre Vertraulichkeit muß gewahrt bleiben.

Der Inhalt der Erörterung auf den Überprüfungstagungen durch die Vertragsparteien ist vertraulich.

Zu Artikel 28

Die IAEO – im Übereinkommen als „Organisation" bezeichnet – stellt für die Tagungen der Vertragsparteien das Sekretariat. Seine Aufgaben werden im einzelnen festgelegt.

Die der IAEO hierdurch entstandenen Kosten werden von dieser als Teil ihres ordentlichen Haushalts getragen. Die Vertragsparteien können jedoch durch Konsens die IAEO bitten, über die Sekretariatsdienste hinausgehende Unterstützungsleistungen zu erbringen, sofern die IAEO die Kosten im Rahmen ihres Programms und ihres ordentlichen Haushalts decken kann oder sofern freiwillige Finanzmittel aus anderen Quellen zur Verfügung stehen.

Zu den Artikeln 29 bis 35

Die Artikel enthalten das übliche Vertragsinstrumentarium.

Artikel 29 sieht vor, daß Meinungsverschiedenheiten zwischen Vertragsparteien im Rahmen der Tagungen der Vertragsparteien zu klären sind.

Nach Artikel 30 steht das Übereinkommen allen Staaten bis zu seinem Inkrafttreten zur Unterzeichnung offen. Das Übereinkommen bedarf der Ratifikation, Annahme oder Genehmigung durch die Unterzeichnerstaaten. Nach seinem Inkrafttreten steht es für alle Staaten zum Beitritt offen.

Das Übereinkommen steht für regionale Organisationen mit Integrations- oder anderem Charakter zur Unterzeichnung oder zum Beitritt offen, sofern diese Organisationen von souveränen Staaten gebildet sind und für das Aushandeln, den Abschluß und die Anwendung internationaler Übereinkommen im Anwendungsbereich dieses Übereinkommens zuständig sind; Artikel 30 legt weitere Teilnahmebedingungen für regionale Organisationen fest.

Die Ratifikations- und sonstigen Annahmeurkunden werden beim Verwahrer hinterlegt.

Nach Artikel 31 tritt das Übereinkommen am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der zweiundzwanzigsten Ratifikations-, Annahme- oder Genehmigungsurkunde beim Verwahrer in Kraft, vorausgesetzt, daß sich unter diesen 22 Staaten 17 Staaten befinden, von denen jeder über mindestens eine Kernanlage im kritischen Zustand verfügt.

Nach Artikel 31 Abs. 2 tritt für jeden Staat oder jede regionale Organisation das Übereinkommen am neunzigsten Tag nach Hinterlegung der entsprechenden Urkunde beim Verwahrer in Kraft.

Artikel 32 regelt das Verfahren bei einer Vertragsrevision.

Nach Artikel 33 ist die Kündigung des Übereinkommens durch eine an den Verwahrer gerichtete schriftliche Notifikation jederzeit möglich; sie wird ein Jahr nach Eingang der Notifikation wirksam, sofern diese nicht einen späteren Zeitpunkt festlegt.

Gemäß Artikel 34 ist der Generaldirektor der IAEO der Verwahrer dieses Übereinkommens. Die Pflichten des Verwahrers werden im einzelnen festgelegt.

Gemäß Artikel 35 ist die Urschrift des Übereinkommens in den sechs Sprachen der Vereinten Nationen, die gleichermaßen verbindlich sind, gefertigt und wird beim Verwahrer hinterlegt.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Der Bundesrat hat in seiner 696. Sitzung am 3. Mai 1996 beschlossen, zu dem Gesetzentwurf gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes wie folgt Stellung zu nehmen:

1. **Zur Eingangsformel**

   Die Eingangsformel ist wie folgt zu fassen:

   „Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:".

   Begründung:

   Nach Artikel 8 Abs. 2 des Übereinkommens haben die Vertragsparteien geeignete Maßnahmen zu treffen, um eine wirksame Trennung zwischen den Genehmigungs- und Aufsichtsbehörden für Atomanlagen einerseits und solchen Stellen oder Organisationen andererseits zu schaffen, die mit der Förderung oder Nutzung von Atomenergie befaßt sind. Dabei handelt es sich um die Regelung von Zuständigkeiten auf Länderebene, die die Zustimmungsbedürftigkeit des Gesetzes begründet.

2. **Zum Gesetzentwurf im ganzen**

   Der Bundesrat begrüßt es, daß mit dem Übereinkommen über nukleare Sicherheit die internationale Reaktorsicherheit verbessert werden soll. Derartige Verbesserungen sind nach den schrecklichen Erfahrungen mit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl, die sich in diesen Tagen zum zehnten Mal jährt, zwingend erforderlich.

   Der Bundesrat verkennt nicht, daß angesichts der unterschiedlichen Rechts- und Interessenlagen der Vertragsparteien bereits der von der Bundesregierung vorgelegte Vertragstext einen Erfolg darstellt. Andererseits steht fest, daß das Übereinkommen nicht in allen Punkten den Standard der in Deutschland praktizierten Sicherheitsbedingungen erreicht. Das gilt zum Beispiel für

   - die Abschaltbedingungen bei gravierenden Sicherheitsmängeln und
   - den Anwendungsbereich des Übereinkommens.

   Da Artikel 32 des Übereinkommens ausdrücklich vorsieht, daß jede Vertragspartei Änderungen vorschlagen kann, wird die Bundesregierung gebeten, die Auswirkungen des Übereinkommens zu beobachten, notwendige Änderungen und Verbesserungen zu prüfen und sie als Vorschläge in künftige Überprüfungstagungen einzubringen.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung

Das Übereinkommen über nukleare Sicherheit legt – erstmals in völkerrechtlich verbindlicher Form – grundlegende Sicherheitsstandards und -regeln für den Betrieb ziviler Kernkraftwerke fest. Insbesondere mit der Zielrichtung der Kernenergienutzung in den Staaten des früheren Ostblocks enthält das Übereinkommen Regelungen, die Ansatzpunkte für eine Verbesserung der dortigen kerntechnischen Sicherheit einschließlich etwaiger Stillegungen enthalten. Ferner sieht das Übereinkommen ein System der regelmäßigen Berichterstattung zur nuklearen Sicherheit auf mindestens alle drei Jahre stattfindenden Überprüfungskonferenzen vor.

Das Übereinkommen wurde in den Jahren 1991 bis 1994 im Rahmen der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) auf Initiative und unter wesentlicher Mitwirkung der Bundesrepublik Deutschland verhandelt. Um auch weiterhin aktiv an der Fortentwicklung der Arbeiten im Rahmen des Übereinkommens mitwirken zu können, sind die rasche Verabschiedung des Vertragsgesetzes und Ratifizierung des Übereinkommens unabweisbar geboten.

Dies vorausgeschickt, äußert sich die Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates vom 3. Mai 1996 [Drucksache 216/96 (Beschluß)] zum Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 20. September 1994 über nukleare Sicherheit (Gesetz zu dem Übereinkommen über nukleare Sicherheit) im einzelnen wie folgt:

Zu 1. Zur Eingangsformel

Die Bundesregierung stimmt der Auffassung des Bundesrates zu. Artikel 8 Abs. 2 des Übereinkommens regelt die Einrichtung von Behörden im Bereich der Auftragsverwaltung.

Zu 2. Zum Gesetzentwurf im ganzen

Die Bundesregierung begrüßt die Stellungnahme des Bundesrates, wonach auch aus dessen Sicht der vorliegende Text des Übereinkommens angesichts der unterschiedlichen Ausgangspositionen der an der Verhandlung teilnehmenden Staaten bereits einen Erfolg darstellt. Sie teilt die Auffassung des Bundesrates, auch weiterhin konstruktiv bei der Anwendung und weiteren Entwicklung des Übereinkommens mitzuarbeiten und gegebenenfalls notwendige Verbesserungsvorschläge einzubringen.

Zu den in der Stellungnahme des Bundesrates angeführten Punkten ist zu bemerken, daß die Ausdehnung des Anwendungsbereichs des Übereinkommens auf andere Anlagen als Anlagen zur zivilen Kernkraftnutzung zur Zeit nicht in Betracht kommt, zumal der Bereich der Entsorgung radioaktiver Abfälle in nächster Zeit durch ein in der Verhandlung begriffenes Übereinkommen über die Behandlung radioaktiver Abfälle ebenfalls auf der Ebene der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) abgedeckt werden wird.

Schließlich weist die Bundesregierung auf den politischen Erfolg hin, der darin besteht, daß die Pflicht zur Vornahme aller für die Sicherheit der Kernanlagen notwendigen, zumutbaren und praktisch möglichen Verbesserungen bis hin zur Abschaltung einer Anlage, wenn diese Verbesserungen nicht erreicht werden können, als völkerrechtliche Verpflichtung in dem Übereinkommen festgeschrieben worden sind.

Druck: Bundesdruckerei GmbH, Zweigniederlassung Bonn 62170080 6. 96
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333